

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Zukunftsperspektive: bäuerlich



Foto: Morle

Strukturen

Futtermittel aus Übersee, Nitrat im Grundwasser, Megaschlachthöfe mit Sozialdumping, immer weniger Bauernhöfe und Handwerksbetriebe auf den Dörfern – Strukturprobleme verursacht durch eine falsche Agrarpolitik auf den **Seiten 2 und 11-14**

Agrarpolitik

In Sachen EU-Agrarreform geht es jetzt um die Details der nationalen Ausgestaltung. Die Agrarminister haben je nach Couleur unterschiedliche Vorstellungen und schmieden Allianzen. Wer behält trotz Wahlkampf den bäuerlichen Blick auf den **Seiten 4, 5, 6, 10 und 17**

Bewegung

Gemeinsam kämpfen Menschen für eine bäuerliche Landwirtschaft, zeigen das aber auch dadurch wie sie ackern oder sich für den Erhalt ihres Ackers stark machen. Bewegung ist überall, Bauern und Bäuerinnen sind mitdrin auf den **Seiten 3, 8, 16 und 18**

Die Seite 3

Kein Ackerland mehr für Kohle.....3

Agrarpolitik

Eu-Agrarreform: Grüne Minister treiben Aigner4

Verbände-Plattform fordert, das Mögliche zu unterstützen .4

Tierwohl und Trotz.....5

Charmoffensive contra Treckerblockade 6

„Nicht mehr zeitgemäße Monopolstellung“..... 6

Altes und neues Landgrabbing in Ostdeutschland10

Abgabe trifft nur wenige Betriebe17

Milch

Milchpreis auf Hochtouren.7

Bewegung

Mia hams satt 8

Sozialdumping am Schlachthof16

Reden und kochen können hilft18

Struktur neu gedacht19

Schwerpunkt

Stillstand am Futtermittelhafen 11

In Maßen wertvoll, in Massen ein Problemfall12

Handwerkliche Produktion und regionale Produkte13

155.000 Bientaler14

Nachbau

Nur Schutz vor Bauernabzocke?15

Forderungen für die Vielfalt15

Weitere Themen

Zu Besuch bei Gisela Webs und Georg Martin, Seite 9;
Leserbriefe, Seite 20; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Viele Jahre lang wurden wir als Abl für den Begriff „bäuerlich“ belächelt. Als die ewig gestrigen mit dem nostalgischen Idyll vergangener Zeiten im Kopf, die die niedrigen, miefigen Ställe der 50er Jahre und die beschwerliche Handarbeit längst vergessen haben. Da möchte man sich doch die Augen reiben, wenn man nun auf die Homepage des Deutschen Bauernverbandes (DBV) schaut: „meine Bauernfamilie“ heißt die Mitmachplattform, „damit eine moderne, bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland eine Zukunft hat“. Wirkt der bisher propagierte Landwirt als Unternehmer inzwischen zu industriell mit all der modernen Technik am Hof? Ganz offensichtlich hat der Bauernverband hier ein Imageproblem erkannt und versucht nun, die industrielle Ausrichtung seines Leitbildes in bäuerliche Fassaden zu hüllen. Ähnlich wie die schönen Hofbilder auf der Eierpackung der Legebatterie. Und wenn es darum geht, gegen unliebsame



Kommentar

Bäuerlichkeit: kein mathematischer Begriff

politische Veränderungen mobil zu machen, weckt die „Bauernfamilie“ die nötigen Sympathien besser als der „Unternehmer“, der seinesgleichen in jeder anderen Branche hat. Doch was der DBV unter moderner, bäuerlicher Landwirtschaft versteht ist nicht zu erfahren. Auch die dlz hat Interesse am Begriff der Bäuerlichkeit: sie versucht mit Hilfe eines Fragebogens, der zum Teil auch an AbLerInnen verschickt wurde, heraus zu finden wie „bäuerlich“ definiert werden kann. Wie viele Hektare, mit wie vielen Tieren dürfen es denn sein? Wo sind denn bitteschön die Grenzen der Bäuerlichkeit und ab wann wird es industriell? Genaue Zahlen und Größenordnungen werden gesucht. Als könnte eine Wirtschaftsweise in ein Zahlenkorsett gedrängt werden! Doch um Keile zu treiben, taugen solche Grenzen allemal. Für mich ist bäuerliche Landwirtschaft ein „qualitativer“ Begriff, er beschreibt die Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben wird. Der 10 ha Betrieb, der Jahr für Jahr nur Mais auf seiner Fläche anbaut, ohne jeglichen Fruchtwechsel, wirtschaftet nicht bäuerlich! Ein ausgewogenes Verhältnis von Tierbestand, Fläche und der Menschen, die dort arbeiten, Kreislaufwirtschaft, tiergerechte Haltung, vielseitiger Ackerbau und solidarisches Handeln mit Berufskollegen - auch international - zählen zu den Maßstäben einer bäuerlichen Landwirtschaft genauso wie eigenverantwortliches Handeln und eine hohe Unabhängigkeit von Konzernen der vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche. Es geht nicht um die kurzfristige Gewinnmaximierung oder maximal mögliche Ausbeutung von Boden oder Tieren. Grundlagen sind der Erhalt von Bodenfruchtbarkeit und Vielfalt, sind gesunde, überschaubare Tierbestände, aber auch ein gut funktionierendes soziales Umfeld der Menschen auf den Höfen. Nur eine schonende Nutzung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen ermöglicht eine langfristige Wirtschaftlichkeit, ermöglicht kommenden Generationen auch von diesem Boden zu leben. Dazu werden neben Fachwissen auch ein Gefühl für Boden, Tier und das gesamte Umfeld benötigt, denn bäuerliches Handeln versucht immer auch das „Ganze“ mit im Blick zu haben, über den augenblicklichen Vorteil hinaus.

Wir in der Abl haben eine bäuerliche Landwirtschaft schon immer als moderne Landwirtschaft gesehen. Genauer: als DIE zukunftsfähige Landwirtschaft überhaupt. Klimawandel, Umweltschutz, sauberes Wasser und eine überall ausreichende Ernährung der Weltbevölkerung sind die Herausforderungen der Zukunft. Es sind die bäuerlichen Betriebe mit ihren vielfältigen Strukturen, ihrer Anpassung an den jeweiligen Standort und ihrer Unabhängigkeit, die schnell und auch sehr individuell auf notwendige Veränderungen reagieren können. Industrielle Landwirtschaft kann das nicht, das hat sie längst bewiesen.

Maria Heubuch,
Bundesvorsitzende Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Titelbild: Zukunftsbaustelle bäuerliche Tierhaltung

Auf dem Heggelbach-Hof am Bodensee studieren Altbauer Thomas Schmid und Jungbäuerin Jessi Kreis-Bichler die Pläne zum neuen Schweinemaststall, der im September bezugsfertig ist. Platz bietet dieser für insgesamt 240 Schweine, jeweils 12 in einer von 20 Buchten mit Stroh und Auslauf. Größte Besonderheit: Die Anlage zur Flüssigfütterung mit gekochten Resten aus verschiedenen Betriebszweigen der Demeter Hofgemeinschaft - Kartoffeln, Gemüse und Molke. Die Fotografin ist Bigi Möhrle, www.bigimoehrle.de. cw

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Kein Ackerland mehr für Kohle

Das Dorf Proschim in der Lausitz wehrt sich gegen Vattenfalls Braunkohlepläne

Heuwetter in Proschim. Traktoren-tuckern aus verschiedenen Richtungen. An einem Wiesenrand ist gerade Pause. „Ich hab auch unterschrieben“, sagt der Mann neben dem Traktor und meint die Einwendung gegen den Tagebau Welzow Süd II. „Das hier krieg ich doch nicht wieder, den Wald, den schönen alten Schuppen, den großen Baum, die Wiese“, sagt der Proschimer und zeigt auf die Rückseite seines Hofes, die Wiese mit dem Stück Wald dahinter und die Nachbarhöfe links und rechts in der Reihe. Es sind

Landwirtschaft sein, schätzt Erhard Lehmann. Mit dem Milchviehbetrieb und der Rindermast ist eine Landfleischerei mit eigener Schlachtung verbunden. Ihre Produkte, Fleisch und Wurstwaren, werden in fünf Filialen und vier Verkaufswagen verkauft, in den Städten und Dörfern der Region. Mittagstische in den Filialen und Catering runden das Angebot ab. Aber Proschim erzeugt auch Energie. Solarpaneele grüßen von allen Stallanlagen und vielen Wohnhäusern. Zusammen mit seinen vier Windrädern

Spremberg im Osten, Senftenberg im Westen und dazwischen etlichen Dörfern, die meisten allerdings versehen mit einem schwarzen Kreuz, lt. Legende am Kartenrand „für immer vernichtet“, verschwunden im Tagebau. „Es sind 15“, sagt Erhard Lehmann und dann: „Ich bin hier geboren, 1951, und alle Orte, die hier stehen, kenne ich persönlich. Aber sie sind alle weg. In Rosendorf z.B., 1972, da war ich zur letzten Tanzveranstaltung. Und da hab ich meine Frau kennen gelernt. Und östlich von Proschim, das war ne wunderbare Gegend. Da war Wald, da waren Teiche. Jeder Ort hatte seinen Charakter. Gosda hatte n Schloß, da war ich als Kind oft, weil die ne Gärtnerei hatten; Jessen hatte ne wunderbare Kirche; Roitz hatte n Gut.... Jeder Ort hatte irgendwas, was es nie mehr anzusehen gibt.“ Deswegen steht über dem Schild „Stoppt die sinnlose...“ und darunter „...Vernichtung von Ansiedlungen“.

Widerstand

Neben Aktiven aus den betroffenen Dörfern und Umweltgruppen gehört der Bauernbund Brandenburg zum Bündnis „kein weiteres Dorf.“ Und aus dem fernen Allgäu kommt noch Unterstützung, organisiert durch Proschims Landfrauen. Der Kontakt besteht seit dem Bauerntag in Cottbus (1999). Der Blick in den Abgrund eines Tagebaus und auf die riesige Mondlandschaft beeindruckte die langjährige bayerische Landes- und Ehrenbäuerin Hannelore Siegel so sehr, dass sie eine zweite Reise mit Landfrauen aus Bayern in die Lausitz organisierte, samt Blick hinab in die Tagebauwüste. Klar, dass sie eine Einwendung schrieb im Rahmen des ersten Planverfahrens in Sachen Welzow Süd II im Herbst vor zwei Jahren und auch den damaligen Bauerverbandpräsidenten Gerd Sonnleitner bat, er möge sich für den Erhalt von Pro-

schim einsetzen, allerdings vergeblich. Der Vorstandskollege aus Brandenburg habe dem DBV-Präsidenten klargemacht, dass „die Bauern in Brandenburg sehr gut abgefunden würden“, sei als Nachricht zurück gegangen an die Landfrauen von Proschim, so die Vorstandsfrau Marianne Kapelle. „Dann sind die Existenzen weg. Was ist denn das für'n Bauernverband?“ fragt die Proschimer Landfrau. „Die Kohle“, d.h. Vattenfall und das System „Kohle“, „die Kohle“ also verspricht Ersatzflächen. „Aber wo denn?!“ Dann müssten andere dafür aufhören, erklärt Marianne Kapelle.

Zweierlei Böden

Lausitz-Neulinge lernen die Begriffe „Kippenboden“ und „gewachsener Boden“. Von letztem gibt es in der Gegend von Proschim nicht mehr viel. Zigtausende von Hektar wurden durch die Braunkohlemaschinerie zu Abraum zerschreddert. Auch nach der „Renaturierung“ sind diese Kippenböden kaum fruchtbar, haben wenig Wasserhaltekraft – und entpuppen sich zunehmend als unsicherer Boden. Die vielen Schäden des Braunkohletagebaus werden immer offensichtlicher. Angesichts des Erfolgs der Erneuerbaren Energien lässt sich die Braunkohle immer weniger rechtfertigen. Daher sind die Chancen für den Erhalt von Proschim besser als zuvor. Auch die Tatsache, dass es wegen fehlerhafter Planungsunterlagen nun eine zweite Auflage der Bürgerbeteiligung samt Einwendungsmöglichkeit gibt, lässt hoffen. „Neue Einwendungen aus Bayern hat Hannelore schon angekündigt“, freut sich die Landfrau Kapelle aus Proschim. Bis zum 14. September sollten möglichst viele eingehen, damit das Bündnis „Kein weiteres Dorf“ dem Amt in Cottbus einen möglichst hohen Stapel auf den Tisch packen kann.

Astrid Matthiae, freie Journalistin



Mensch geht vor Kohle

Foto: Dotzauer

Vierseithöfe, wie sie in den sorbisch geprägten Dörfern der Lausitz noch hin und wieder anzutreffen sind. Im 365-Seelen-Dorf Proschim erhalten sind gut 20. Drei davon werden im Nebenerwerb bewirtschaftet, jeweils mit einigen Hektar. Insgesamt gehören 865 ha landwirtschaftliche Fläche zum Dorf, so Erhard Lehmann. Bis zur unfreiwilligen Eingemeindung in die Kleinstadt Welzow vor zehn Jahren war er Bürgermeister von Proschim und ist nun u.a. in der Nachbarstadt Abgeordneter für sein Dorf. Die Wiesen, die Äcker, der Wald, die Obstbäume, die Gärten - aus denen die meisten Leute im Ort einen Großteil ihrer Mahlzeiten beziehen -, ganz Proschim würde vernichtet, wenn Brandenburgs Behörden grünes Licht gäben für Vattenfalls neue Tagebaupläne im Süden von Welzow.

Arbeitsplätze

Vernichtet würde ein lebendiges Dorf mit erstaunlich vielen Arbeitsplätzen. Es gibt mehrere kleine Firmen und allein 90 Arbeitsplätze dürften es in der

und der Biogasanlage produziert Proschim bereits jetzt Strom weit über den eigenen Bedarf hinaus; und wenn sich in einigen Wochen die neuen großen Windräder drehen, dann wird Proschim ungefähr fünfmal so viel Strom erzeugen, wie das Dorf und die Kleinstadt Welzow zusammen verbrauchen. Für ein Energiekonzept von vorgestern soll, wenn es nach Vattenfall geht, ein Dorf voller Innovationskraft vernichtet werden. Noch dazu ein schönes Dorf.

Ausgezeichnet

Im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (!) verlieh die Jury auf Kreisebene dreimal den ersten Preis. Prämiert wurde sowohl Proschims lebendige und integrative Vereinsarbeit - dabei nicht wegzudenken der Ortslandfrauenverband mit 49 (!) Mitgliedern -, als auch der große Teil an gut erhaltener historischer Bausubstanz. Offiziell unter Denkmalschutz gestellt ist u.a. die Kirche. Sie liegt im Zentrum des Ortes. Dort steht auch eine Landkarte, darauf die Region um Proschim im Radius von ca. 20 km, mit

Kein weiteres Dorf opfern

Noch bis zum 17. September 2013 läuft die Frist, bis zu der Einwendungen erhoben werden können gegen Vattenfalls Pläne für den Braunkohletagebau Welzow-Süd II, und je mehr Einwendungen, desto besser. Mehr als 80 % seines Stroms in Deutschland produziert Vattenfall auf der Basis von Braunkohle, und zwar hauptsächlich in der Lausitz. Ganze Landschaften werden dafür zerschreddert, inkl. der darin liegenden Dörfer. Insgesamt 136 sind in den vergangenen 80 Jahren in der Lausitz ganz oder teilweise von der Landkarte verschwunden. Auf das Konto von Vattenfall gehen u.a. die Dörfer Lacoma und Horno nördlich von Cottbus. Nach den Plänen des Energieriesen sind aktuell insgesamt acht Dörfer bedroht. Zu ihnen gehört Proschim, ca. 30 km südlich von Cottbus.

Infos und Mustereinwendung unter: www.kein-weiteres-dorf.de und www.lausitzer-braunkohle.de und Grüne Liga Umweltgruppe Cottbus

EU-Agrarreform: Grüne Minister treiben Aigner

Aufschlag für erste Hektar „umfassend nutzen“ und 15 Prozent für 2. Säule

Eine Woche vor der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern in Würzburg Ende August haben die fünf Grünen Landwirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein ein eigenes Konzept zur Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland vorgelegt. Das Konzept unterscheidet sich stark vom Vorschlag der Noch-Bundesministerin Aigner, dem sich auch die SPD- und CDU-geführten ostdeutschen Agrarminister weitgehend angeschlossen haben.

Bis 150 Euro Aufschlag

Die Grünen-Ministerin Höfken und die Minister Bonde, Habeck, Meyer und Rempel wollen für den Zahlungs-Aufschlag für die ersten Hektare – anders als Aigner – nicht nur fünf Prozent der nationalen Direktzahlungssumme einsetzen, sondern die möglichen bis zu 30 Prozent „umfassend nutzen“. Allerdings wollen die Grünen den Aufschlag für 46 Hektar zahlen und damit auch die Hektarzahl ausschöpfen, für die in Deutschland laut EU-Einigung ein Aufschlag gewährt werden kann (nationale durchschnittliche Betriebsgröße). Laut Baden-Württembergs Minister Bonde könne nach dem Grünen-Konzept ein Zuschlag von etwa 150 Euro pro Hektar für bis zu 46 Hektar je Betrieb erreicht werden. Davon abzuziehen ist allerdings der Abzug von 30 Prozent der Direktzahlungen zur Finanzierung des Aufschlags, so dass effektiv ein Aufschlag von knapp 80 Euro je Hektar für bis zu 46 Hektar je Betrieb herauskommen würde (je Betrieb also effektiv maximal gut 3.500 Euro). Die

Bundesministerin schlägt dagegen nur einen Aufschlag von 50 Euro für die ersten 15 Hektar und von 30 Euro für weitere 15 Hektar vor. Hiervon bleiben nach Abzug zur Finanzierung (nach BMELV fünf Prozent) rund 35 Euro bzw. 15 Euro als effektiver Aufschlag je Hektar übrig, also maximal 750 Euro je Betrieb. Mit berücksichtigt sind bei diesen Zahlen jeweils die weiteren Umschichtungen von Direktzahlungen

in den jeweiligen Konzepten.

2. Säule ausbauen

Vor allem mit einer Umschichtung von 15 Prozent oder 750 Millionen Euro aus der nationalen Direktzahlungssumme wollen die Grünen-Minister die Länderprogramme der 2. Säule ausbauen. Die Mittel sollen in den Ländern bleiben, in denen sie ohne Umschichtung als Direktzahlungen ausge-

zahlt würden. Sie sollen „zweckgebunden“ eingesetzt werden, insbesondere für flächenbezogene Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, die Stärkung des Tierschutzes und des ökologischen Landbaus sowie für die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten. Zudem fordern die Länderminister vom Bund eine Aufstockung der Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) und begründen das damit, dass der Bund durch die Begrenzung des EU-Haushalts rund zwei Milliarden Euro einspare.

Für großen Streit mit den Ministern der ostdeutschen Bundesländer sorgt eine weitere Forderung der Grünen: Sie wollen die Verteilung der EU-Mittel für die 2. Säule (ELER-Mittel) anders auf die Bundesländer verteilen als bisher. Weil der Osten aus den Kriterien der strukturschwachen EU-Konvergenzgebiete herausgewachsen ist und damit auch aus der entsprechenden Förderkulisse, sei es nicht mehr gerechtfertigt, dass die fünf Ostländer weiterhin über die Hälfte der EU-Mittel erhalten, obwohl ihre Agrarfläche nur ein Drittel der bundesweiten Fläche ausmacht. Durch eine neue Verteilung müsse sichergestellt werden, dass in allen Ländern durchschnittlich mindestens 50 Euro je Hektar Nutzfläche erreicht würden. Heute liege dieser Wert in Nordrhein-Westfalen mit 36 Euro/ha am niedrigsten und in Sachsen mit 155 Euro/ha am höchsten. Die Minister der Ostländer, die beim Grünen-Konzept abgeben müssten, lehnen das ab und werden auch hier von Bundesministerin Aigner unterstützt. *uj*



Aigner: Von der Bewegung schon seit Jahren getrieben

Foto: Thomsen

Verbände-Plattform fordert, das Mögliche umzusetzen

Voller Aufschlag für die ersten Hektar und 15 Prozent für spezifische Förderangebote sowie Staffelung mit Arbeitsbezug

In einem aktuellen Plattform-Papier fordern 22 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz sowie Entwicklungspolitik die Regierungen von Bund und Ländern auf, bei der Umsetzung der EU-Agrarreform einen Richtungswechsel in der Landwirtschaftspolitik zu vollziehen. Die bisherige Brüsseler Einigung zur Reform biete den Mitgliedstaaten so umfangreiche Gestaltungsmöglichkeiten wie nie zuvor, um eine bäuerliche bzw. „umfassend qualitätsorientierte Landwirtschaft“ zu stärken. Nun brauche es mutige und konsequente Entscheidungen. Die Verbände fordern

unter anderem, die Möglichkeit voll auszuschnöpfen, mit dem Einsatz von bis zu 30 Prozent der EU-Direktzahlungsmittel die Zahlungen für die ersten Hektar je Betrieb um bis zu 65 Prozent anzuheben.

Vielfalt erhalten

Damit verfolgen die Verbände das Ziel, die noch verbliebene Vielfalt und Vielzahl an bäuerlichen Betrieben zu erhalten. Der Anreiz zu immer stärkerem Flächenwachstum und Landkonzentration solle minimiert werden. Den Vorschlag des Bundesministeriums (BMELV) hierzu lehnen die Verbände als „vollkommen unzureichend“ ab. Zweitens fordern die

Verbände auch bei der Umschichtung von Direktzahlungen für spezifische Förderangebote der 2. Säule den von der EU eröffneten Rahmen voll auszuschnöpfen. Die Gelder werden zweckgebunden eingesetzt „für zusätzliche und zum Ausbau bestehender Fördermaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe in den Bereichen Agrarumwelt, Klimaschutz, ökologische Landwirtschaft, Tierschutz (einschließlich Investitionen in den erforderlichen Umbau hin zu einer artgerechten Tierhaltung) sowie regionale Vermarktung“. In diesen Aufgabenbereichen bestünden die größten und drängendsten Herausforderungen. Auch an

der gestaffelten Kürzung hoher Direktzahlungsbeträge bei Anrechenbarkeit der Arbeit halten die Verbände fest und verweisen darauf, dass hierzu in Brüssel noch weitere Verhandlungen anstehen. Weiter sieht das Papier u.a. Umschichtungen zugunsten von Grünlandflächen in benachteiligten Gebieten, begrenzte gekoppelte Zahlungen für bestimmte Weidehaltungen und Fruchtfolgen mit Leguminosenanbau sowie eine wirksame Umsetzung des Greenings vor. Zu den 22 Unterzeichnern des Papiers gehören aus dem landwirtschaftlichen Bereich neben der AbL die Verbände des Ökolandbaus und Neuland. *uj*

Tierwohl und Trotz

Alles eine Frage der Haltung

Eine gesellschaftliche Meinungsführerschaft fleischkritischer Gruppen aufgrund ihrer sozialen Besserstellung und ihres guten Informationsstandes“ konstataren Wissenschaftler aus Göttingen und Hohenheim in ihrer neuesten Erhebung. Inzwischen ist wohl jedem klar, dass ohne die Vokabel Tierwohl kein Blumenstrauß im Stall mehr zu gewinnen ist. Der Lebensmittelhandel setzt bei Schweinen auf eine Branchenlösung, die laut Lebensmitteleitung kurz vor der Fertigstellung ist. Das sich der dort stattfindende Prozess bereits seit über einem Jahr hinzieht, hat auch damit zu tun, dass der Bauernverband dort mit am Tisch sitzt und der Tierschutz in Form des ursprünglichen Mitinitiatoren, des Verbandes proVieh, nicht mehr. Der Lebensmittelhandel hat jetzt verlautbaren lassen, dass die Bauern und Bäuerinnen mit Größenordnungen von 10 Cent pro Kilogramm Schlachtgewicht als Aufschlag für erfüllte Tierwohlkriterien rechnen könnten, die wieder rum knapp 60 Cent Aufschlag pro Kilogramm Fleisch für die Verbraucher an der Ladentheke bedeuten würden. Aber: Laut des Handels sei auf der „grünen Seite“ sei noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Von dort gibt es nun das Signal des „Veredelungspräsidenten“ des Bauernverbandes Johannes Röhring, dass man zuversichtlich sein noch in diesem Spätsommer zu einer Lösung zu kommen. Diese müsse allerdings eine Kostendeckung bei den Bauern und Bäuerinnen vorsehen und solle die Marktdifferenzierung durch verschiedene Labels durch seinen flächendeckenden Ansatz beenden, so Röhring. Dahinter klingt die nach wie vor vom Bauernverband vertretene These durch, man müsse die moderne Tierhaltung nur besser kommunizieren, dann erledige die schlechte Imageproblematik schon von

alleine. Zwar will auch der Handel am Anfang noch kein (marktdifferenzierendes) Label, die Option für später behält er sich aber vor. Was für einen Sinn machte auch für ihn das Engagement in Sachen Tierwohl, wenn er damit keinen Zusatznutzen erzielen könnte?

Rollender Blickfang

Ähnlich wie beim Bauernverband schwingt auch gewisse Trotzhaltung mit, wenn die Interessengemeinschaft der Schweinehalter ISN auf ihrer Internetplattform ‚Bauernhöfe statt Bauernopfer‘ einen Vorzeigeprotagonisten sagen lässt, einige würden ihn als Massentierhalter bezeichnen, er sage nur: „na und?“ Auf der Homepage steht noch: „Ist eigentlich ein Bäcker, der viele Brötchen backt, per se schlechter als sein Berufskollege, der wenig Brötchen backt? Wohl kaum und die Qualität der Brötchen ist auch nicht automatisch schlechter. Warum sollte es bei einem Tierhalter anders sein? Mit Blick auf Tierwohl und Umweltwirkungen ist ein professionell geführter großer Betrieb mit vielen Tieren keinesfalls schlechter, als ein kleiner Betrieb mit wenigen Tieren! Entscheidend ist auch nicht, ob biologisch oder konventionell gewirtschaftet wird.“ Dort wird dann Geld gesammelt für Projektideen wie der „rollende Blickfang“ - Plakatwerbung auf LKW mit dem Spruch: „Früher war in der Tierhaltung alles besser? - Na klar, und die Erde ist eine Scheibe“ Links auf der Überholspur neben dem Lkw zieht Big Dutchman vorbei, schon im vergangenen Jahr präsentierte die Firma, eine der Großen in Sachen Stalleinrichtung, den Schweinestall 2030. Es ist eine Konzeptstudie, in der eine Schweinegruppe von der Geburt bis zur Schlachtung frei beweglich zusammenleben soll. cs

Kurzes am Rande

15 % weniger Soja für Bayern

„Durch die gezielte Fütterungsberatung im Rahmen unserer Eiweißstrategie haben wir bei den Landwirten ein stärkeres Bewusstsein für den Einsatz heimischer Futtermittel geweckt“, erklärte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in einer Pressemeldung. Bei Rindern und Schweinen sei der Anteil an Import-Soja-Futter um 15 % gesunken. In der Rinderfütterung werde Soja vor allem durch Rapschrot ersetzt. Dieser Trend komme auch dem „Verbraucherwunsch nach gentechnikfreier Milch“ entgegen. Der Anteil an bayerischer Milch, die ohne gentechnisch veränderte Futtermittel erzeugt worden ist, betrug im Jahr 2012 bereits 17 %. 22 % sind es, wenn man die Bio-Milcherzeugung hinzu addiert, so die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL). Auch in der Schweinefütterung habe sich die Soja-Menge schon um bis zu 15 % reduziert. Auf 3.800 ha wird aktuell in Bayern gentechnikfreies Soja angebaut – 40 % Zuwächse gegenüber dem Vorjahr. Brunner sieht dies klar als Erfolg seiner Strategie „Heimische Eiweißfuttermittel“. Er will diese weiter verfolgen und dafür in diesem und dem nächsten Jahr insgesamt 1,8 Mio. Euro bereitstellen, u.a. um acht zusätzliche Projektstellen an der LfL einzurichten. Ziel ist es z.B. den Wissenstransfer in die Praxis zu beschleunigen. Zusätzlich werden über das Eiweißprojekt der Bundesregierung 17 Demonstrationbetriebe in Bayern eingerichtet. av

Unternehmen vor Menschenrechten?

Entwicklungsminister Dirk Niebel hat die Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- und Aktions-Netzwerk) durch einen Brief aufgebracht. Er bezeichnete Aktivitäten zur Unterstützung von Landvertriebenen in Uganda bei Gerichtsverfahren zur Wiedergutmachung durch erlittene Menschenrechtsverletzungen als „unangemessene und unberechtigte“ Kampagne gegen die deutsche Neumann Kaffee Gruppe (NKG). Dieser Konzern hat davon profitiert, als 2001 rund 400 Familien vom ugandischen Militär aus vier Dörfern eines 2.500 Hektar großen Gebietes vertrieben wurden, um Platz für Kaffeeplantagen der Kaweri Coffee Plantation Ltd., ein Tochterunternehmen von NKG, zu schaffen. FIAN hilft seither bei der Dokumentation und den Entschädigungsklagen gegen Regierung und Plantagenbetreiber. Ein ugandisches Gericht hat den Familien Anfang des Jahres Schadensersatz zugesprochen – über die Verantwortlichkeiten wird jedoch weiter gestritten. Niebel bat darum, die „Darstellung des Falles zu überdenken“. Die deutsche Geschäftsführerin von FIAN, Ute Hausmann, ist besorgt, dass die Argumentation Niebels den Schluss nahelege, „dass es sich um den Versuch handelt, einseitig wirtschaftliche Interessen durchzusetzen“. Beide Briefe unter www.fian-deutschland.de. cw

Französischer Eierkrieg

In Frankreich tobt ein „Krieg um die Eier“ wie die Tageszeitung *Le Figaro* jüngst titelte. Anfang August „entsorgten“ Legehennenhalter aus der Bretagne mehrere Abende lang hunderttausende Eier vor Filialen des Discounters Lidl und vor einem Finanzamt. Sie verlangen ein Eingreifen der Politik, um den ruinösen Wettbewerb in der Eierbranche zu stoppen. Die Großhandelspreise für Eier sind in Frankreich zwischen Juni 2012 und Juni 2013 um mehr als 37 Prozent gefallen, wie aus Daten der Europäischen Kommission hervorgeht. Die Produktionskosten liegen laut französischem Bauernverband 30 Prozent über dem Verkaufspreis. Die Proteste folgen nur wenige Wochen auf die Streichung von Exportsubventionen für tiefgekühltes Hühnerfleisch durch die Europäische Kommission. Die Entscheidung hatte bei Frankreichs Hühnerfarmern zu massiven Sorgen über Verluste von Arbeitsplätzen geführt. cs

Bäuerinnen und Bauern in Aktion

Die Bewegung ist da! Egal ob bei der Agrarministerkonferenz in Würzburg mit Bauern, Bäuerinnen und Treckern, um deutlich zu machen, dass eine nationale Umsetzung der EU-Agrarreform bäuerliche Betriebe stärken muss, oder in niedersächsischen Wietze bei der Umzingelung von Europas größtem Geflügelschlachthof zur Demonstration gegen Massentierhaltung und unsoziale Strukturen. Das breite gesellschaftliche Bündnis von Meine Landwirtschaft hat zu den Aktionen aufgerufen, Bauern, Verbraucher, Natur- und Tierschützer ziehen an einem Strang und demonstrieren eindrucksvoll, welche Art von Landwirtschaft ihre ist. Fotos und Aktionsberichte unter www.meine-Landwirtschaft.de. cs



Big Dutchmans Konzeptstall 2030, vor einem Jahr noch mit Plastikschweinen

Foto: EuroTier

Charmeoffensive contra Treckerblockade

In Schleswig-Holstein werden aus Sachthemen Kampagnen mit einem Minister dazwischen

Auch wenn ein Minister Reisen tut, kann er was erzählen, das gilt einmal mehr für den auch literarischen Berufskollegen von Matthias Claudius, Schreiber dieses Verses, aus Schleswig-Holstein. Robert Habeck, grüner Umwelt- und Landwirtschaftsminister war viel unterwegs. Zunächst machte er eine Sommerreise, auch das klingt nach Poesie, zu den Orten moderner Fleischerzeugung. Mit seiner Art offen auf alle Menschen zuzugehen, auch die die andere politische Ansichten pflegen, war er bisher in seiner Amtszeit ganz gut gefahren. Umso vernichtender viel die Kritik des Schleswig-Holsteinischen Bauernblattes an Habeck nun aus, als er die Redaktion dazu nötigte, eine Gegendarstellung abzurufen. Es ging um einen positiv formulierten Satz zur konventionellen Schweinehaltung, mit dem das Bauernblatt ihn zitiert hatte. Habecks Hinweis,

er habe diesen Satz so nie gesagt, konnte das Blatt nicht unkommentiert stehen lassen, betonte, man sei nach wie vor erschütterlich davon überzeugt, dass man korrekt zitiert habe und schrieb: „Fälle von eingetrübten Erinnerungen gibt es immer wieder. Unvergessen ist uns noch der kurzzeitige totale Gedächtnisverlust des FDP-Vorsitzenden Rainer Brüderle, nachdem er in einer Hotelbar zu lange und zu tief in das Dekollete von Sternredakteurin Laura Himmelreich geschaut hatte. Ob der Anblick säugender Sauen ähnliche Symptome hervorrufen kann, müsste humanmedizinisch noch untersucht werden.“

Zum Affen

Ein Kommentar von Chefredakteur Ralph Judisch verkündet kurze Zeit später auch in anderer Angelegenheit das Ende des „Säbelrasseln“. Nun da der

charmante Zuhörer Habeck endlich mit der Veröffentlichung des sogenannten Knickerlasses zum besseren Schutz der in Schleswig-Holstein typischen, inzwischen ernsthaft bedrohten Wallhecken, seine wahre grüne Fratze gezeigt hat, wird schärfer geschossen. Jetzt mobilisiert der Bauernverband, macht Demos und Aktionen. „Ich frag mich, warum sich die Bauern so zum Affen machen“, sagt Matthias Stürwoldt, AbLer und Biobauer aus der Nähe von Plön. Inhaltlich geht es um einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, Fragen nach der Breite des Saums am Fuße der Knicks und der Anzahl der Jahre, die zwischen den Schnitten der Hecken liegen dürfen. Alles Fragen, in denen sachliche Kompromisse gefunden werden könnten, glaubt auch Kirsten Wosnitza vom Bundesverband Deutscher Milchviehalter. Sie sieht beim Knickerlass wie auch beim Grünlanderhaltungsgesetz durchaus Nachbesserungsbedarf im Sinne der Bauern und Bäuerinnen und einer vernünftigen Bewirtschaftung. So dürfe Grünland nicht so wie geplant in die Biotopverordnung aufgenommen werden, damit es noch wirtschaftlich genutzt werden könne, so Wosnitza. Sie hält die Kampagne des Bauernverbandes für ein Ablenkungsmanöver, um die eigene existenzbedrohende Politik gegenüber den Höfen zu verschleiern. „Die Bürger schütteln den Kopf“, sagt Wosnitza über das, was der Bauernverband für ein Bild der Bauern in der Öffentlichkeit malt. Es trage nicht gerade zur Imageverbesserung bei, wenn die Bauern damit drohten, nun alles

Knicks abzuholzen. Aber auch Habecks Image leide, je länger er immer noch versuche, es doch allen irgendwie recht zu machen. Wosnitza vermisst eine klare Linie in seiner Politik, Visionen. Und sie wirft ihm auch vor, durch seine unverbindliche Art dem Bauernverband aber auch den grünen Politik nahestehenden Organisationen falsche Signale gesendet zu haben. Bernd Voß, Milchviehbauer aus der Wilster Marsch und AbL-Bundesvorsitzender und für die Grünen im Landtag, kritisiert, dass der Bauernverband kaum inhaltlich zielgerichtete Vorschläge für einen tragfähigen Kompromiss einbringe. In unverantwortlicher Weise bemühe er nur immer wieder den Vorwurf der „Enteignung“. „Aber“, das sagt Voß auch „es gibt nicht ‚die‘ Position der Bauern und auch nicht ‚die‘ der Bauernverbandsvertreter.“ Viele seien vom Vorgehen des Bauernverbandes genervt und erwarteten, dass konstruktiv an Lösungen gearbeitet werde.

Höfliche Blockade

Nun haben Verbandsvertreter gerade den Minister auf seiner jüngsten Reise, einer Rindermastbereisung (bis vor kurzem noch Weidemastbereisung), gestoppt. Die Kieler Nachrichten berichten von einem durchaus freundlichen Umgang im Meinungsaustausch am Fuße eines Knicks und vor einer Treckerblockade. Und als sich der örtliche Wortführer am Ende sogar für den erzwungenen Stopp des Ministers entschuldigte, soll Habeck mit den Worten abgewunken haben, er habe in seiner Jugend schon ganz andere Fahrzeuge angehalten. cs



Robert Habeck zu Zeiten als er blockierte statt blockiert zu werden. Foto: robert-habeck.de

„Nicht mehr zeitgemäße Monopolstellung“

Petition zur Abschaffung von Bauernverbandsprivilegien in Bayern

Manfred Schmidt ist kein Bauernaufständler, er ist ein Sympathisant der bäuerlichen Landwirtschaft mit einem ausgeprägten Gerechtigkeits-sinn. Und dieser hat ihn nun dazu bewogen, eine Petition in den bayerischen Landtag einzubringen, in welche er darum bittet, dem bayerischen Bauernverband (BBV) den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts abzu-erkennen. Er will damit, die seiner Ansicht nach, „nicht mehr zeitgemäße Monopolstellung“ des BBV in Sachen landwirtschaftlicher Interessensvertretung und damit auch finanzieller Mitbestimmung und Unterstützung durch das Land beenden. Längst gebe es weitere landwirtschaftliche Interessensvertretungen, sodass das Alleinstellungs-

merkmal des „Zusammenschlusses der gesamten bäuerlichen Bevölkerung innerhalb Bayerns“, welches Begründung für die einseitige Bevorzugung des BBV als Körperschaft öffentlichen Rechts darstelle, nicht mehr gegeben sei, so Schmidt. Er schreibt an den Landtag: „Im übrigen führt eine jahrzehntelang praktizierte Monopolstellung nach aller menschlichen Erfahrung zu Verkru- stungen und Interessenverquickungen, die sinnvollerweise aufgelöst werden sollten. In Kenntnis jahrelanger Medienberichterstattung sowie zahlreicher - wenn auch nicht repräsentativer - persönlicher Gespräche mit vielen Landwirten - lässt eine wirksame Interessenvertretung der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe durch den

BBV erhebliche Zweifel aufkommen. Vielmehr ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass sich der BBV Interessen der Groß-Agrarier, der Agrarindustrie, der Massentierhaltung und anderer Lobbygruppen vorrangig angelegen sein lässt, was sich z.B. auch in der BBV-Weigerung niederschlägt, für die Agrar-Subventionen eine flächenmäßige Begrenzung sowie betragsmäßige Deckelung einzuführen.“ Manfred Schmidt wünscht sich eine breite Diskussion, mindestens auf dem Land. AbL Bundesgeschäftsführer Georg Janßen hat ihm geschrieben, dass die AbL Bayern das Thema bereits auf ihrer Gründungsversammlung vor zehn Jahren aufgegriffen hatte, leider ohne Resonanz aus der bayerischen Staatsregie-

run. Janßen verweist darauf, dass es nach der Wende in Ostdeutschland tatsächlich einen anderen Umgang mit dem Bauernverband gegeben hatte: „Als nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung Deutschlands das beträchtliche Vermögen der Vereinigung der Gegenseitigen Bauernhilfe in der DDR zur Verteilung anstand, war natürlich die DBV-Spitze sofort als angeblicher Rechtsnachfolger zur Stelle, um sich alles unter den Nagel zu reißen. Damals wurde politisch von der Bundesregierung entschieden, dass auch andere Bauernorganisationen, die ihren Ursprung in Ostdeutschland hatten, zumindest einen kleinen Teil des großen Geldsacks bekommen sollten.“ cs

Milchpreis auf Hochtouren

Das Einkommen der Bauern bleibt wegen der gestiegenen Produktionskosten weiterhin gering.

Wie immer ist es schwer zu fassen, weshalb der Milchpreis gerade in diesem Sommer auf neue Höhen klettert. Ist es das gestiegene Exportaufkommen? Laut Milchindustrieverband (MIV) macht der Export wertmäßig fast die Hälfte der Produktion aus. Ist es die unterdurchschnittliche Anlieferung innerhalb der europäischen Union, die höhere Käufernachfrage oder sind es die Produktionskennzahlen aus Ozeanien und den USA?

Deutschland

Derzeit sind die Milchauszahlungspreise so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Für konventionelle Milch wurden im Juni Durchschnitt 36,5 Cent/kg (4 % Fett; 3,4 % Eiweiß) gezahlt und dass trotz einer geringeren Nachfrage von Milchprodukten bei privaten Haushalten. Hohe Erlöse wurden dagegen an den Rohstoffmärkten erzielt, sodass Molkereien mit starker Exportausrichtung offenbar im Vorteil sind. Leicht zeitversetzt folgt der Auszahlungspreis dem Anstieg der Rohstoffwerte. Gestiegen ist auch der Auszahlungspreis bei Biomilch. Im Schnitt lag er im Juli bei 44,5 Cent (ab Hof bei 4,2 % Fett und 3,4 % Eiweiß inklusive Zu- und Abschlägen). Die meisten Bio-Molkereien zahlten im Juni zwischen 43 und 46 Cent. Der Norden hat im Juni aufgeholt und liegt mit 44,1 Cent nur noch 0,6 Cent hinter dem Süden mit 44,7 Cent zurück. Die Anlieferungsmenge ist um 1,4 % zurückgegangen.

Noch deutlich über dem Biomilchpreis liegt derzeit der Spotmilchpreis. Kurs auf 50 Cent/kg soll er in Süddeutschland genommen haben, während in Norddeutschland die Milch am Markt schon für 41,5 Cent/kg zu haben gewesen sein soll. In den Niederlanden wurde Anfang August der Spotmilchmarktpreis (bei 4,4 % Fett, frei Rampe Molkerei) 47,25 Cent/kg an-

gegeben. Neben dem Auszahlungspreis sind für Gewinn- und Verlustbetrachtungen bei den Erzeugern natürlich auch die Produktionskosten von zentraler Bedeutung. Über deren Entwicklung, im Verhältnis zum Auszahlungspreis, gibt der Milch-Marker-Index Auskunft. Systembedingt, da die Zahlen des Statistischen Bundesamtes nicht eher vorliegen, beschreibt dieser die Situation immer ein viertel bis halbes Jahr verspätet. Die letzten Zahlen stammen vom Anfang des Jahres und die MEG Milch Board ermittelte eine Unterdeckung von 18 Prozent. Vor allem die Kosten für die wichtigsten Betriebsmittel Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel, Energie und Unterhaltung von Gebäuden und Maschinen seien anhaltend hoch geblieben. Allein ein Rückgang der Preise für Zukauffutter sowie der Anstieg des Milchpreises Anfang des Jahres hat dazu beigetragen, dass die Preis-Kosten-Ratio (das Verhältnis zwischen den Erlösen aus der Milch und den Gesamtkosten der Erzeugung) von 0,75 % auf 0,84 % angestiegen ist. Die für Anfang September angekündigten aber noch nicht veröffentlichten Berechnungen der Preis-Kosten-Ratio zeigen entgegen den Erwartungen, aufgrund gestiegener Milchpreise, keine wirkliche Veränderung. Somit wurden die höheren Milchauszahlungspreise offenbar von gestiegenen Energiekosten und Preisen von Pflanzenschutzmitteln wieder aufgefressen.

Europa

Auch aus diesem Grund gibt sich der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) mit der aktuellen Preissituation nicht zufrieden und weist schon seit Januar darauf hin, dass Landwirte inzwischen 50 Cent pro Liter Milch brauchen, um ihre Kosten decken zu können. Die Anlieferungsmengen von Januar bis April

sind in Europa, im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt, leicht zurück gegangen. In Deutschland und den Niederlanden dagegen stieg die Milchanlieferung, im Vergleich zum Vorjahr, um bis zu 5 Prozent an. Schon im Mai lag der Milchpreis in ganz Europa über dem des Vorjahreszeitraums. Dabei lagen sowohl die Butterpreise als auch die Preise für Magermilchpulver in Deutschland über denen der EU.

Weltmarkt

Die Preise für Milchpulver driften Anfang des Jahres weit auseinander. Während in Europa und Amerika Ende April 3.990 bzw. 3.780 US\$/Tonne gezahlt werden, klettert der Spitzenwert in Ozeanien Anfang April auf über 5.500 US\$/Tonne, fällt allerdings bis Ende des Monats auf 4.475 US\$/Tonne. Die Milchproduktion in den USA ist auf steigendem Niveau, in Neuseeland ist sie vergleichbar dem Vorjahr, in Australien und Argentinien dagegen deutlich unter der des Vorjahreszeitraums. Die Milchbörse gibt Anfang August um 2,4 % nach. Ursache sind offenbar die Probleme der neuseeländischen Molkerei Fonterra. Die Molkerei hatte einräumen müssen, im Mai mit Botulismuserregern verseuchte Molke in Umlauf gebracht zu haben. 38 Tonnen eines Proteinkonzentrats seien durch eine schmutzige Leitung verseucht worden, teilte das Unternehmen mit. Das Konzentrat wurde von acht Firmen in sieben Ländern in 900 Tonnen Nahrungsmitteln verwendet. Keiner dieser Fonterra-Kunden ist in Europa. Allerdings verhängten China, als einer der bedeutendsten Abnehmer, sowie Russland einen Importstopp. Mitte August stiegen die Werte an der Milchbörse - je nach Segment unterschiedlich - wieder an: Milchfett 7,1 %, Butter 3,3 %, Käse 0,9 %, Vollmilchpulver 2,7 %, Magermilchpulver 0,7 %. *mm*

Söbbeke wird Bongrain

Seit 2011 hatte Europas größter konventioneller Käsekonzern Bongrain mit einem Umsatz von 4,1 Mrd. Euro und knapp 19.000 Mitarbeitern, eine Minderheitsbeteiligung an der Biomolkerei Söbbeke. Der schrittweise Erwerb der Mehrheitsanteile war beim Bundeskartellamt angemeldet und ist nun vollzogen worden. Die Geschäfte der Molkerei in Nordrhein-Westfalen mit 150 Milchlieferanten werden als selbständiges Unternehmen weiterhin von Paul Söbbeke geführt. Dieser nennt die Zusammenarbeit eine Partnerschaft und sieht den Betrieb der Molkerei und die Arbeitsplätze langfristig gesichert. Seit zwölf Jahren besitzt Bongrain auch schon knapp ein Viertel der Andechser Bio-Molkerei Scheitz. *cw*



Gespanntes Warten auf die nächste Milchgeldabrechnung. Geht der Preis noch weiter nach oben?

Foto: Bendig/pixelio

Scheinheilige Bio-Aigner

Das aktuelle „Ökobarometer“, eine repräsentative Studie, die regelmäßig im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums durchgeführt wird, kommt zu dem Ergebnis, dass immer mehr gerade junge Menschen Bio-Produkte kaufen. 22 Prozent aller Befragten kaufen häufig oder ausschließlich Biolebensmittel, 52 Prozent gelegentlich. Als wichtigsten Grund für den Kauf von Bioprodukten geben die befragten Käufer die regionale Herkunft an, gefolgt von artgerechter Tierhaltung und einer möglichst geringen Schadstoffbelastung. „Bioprodukte made in Germany sind bei den Verbrauchern sehr beliebt. Die Menschen wollen hochwertige und nachhaltige Produkte aus ihrer Heimat, und diesen Trend fördern wir als Bundesregierung ganz gezielt“, sagt dazu Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU). Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) sieht das etwas anders. „Die Politik ihres Hauses zielt nicht auf die Stärkung des Ökolandbaus. Sie verschlechtert die Situation des Ökolandbaus“, sagte er als Reaktion auf die Äußerungen Aigners. Bioland-Präsident Jan Plagge erläutert: „Erst erhöht Aigner die Bioprämie nur in Größenordnung des Inflationsausgleiches. Dann nimmt sie den Bundesländern das Geld weg, mit dem diese den Ausbau des Biolandbaus finanzieren könnten. Und jetzt lässt sie sich als Trendsetterin für deutsches Bio feiern. Nie gab es so wenig Flächenzuwachs wie unter Bundesministerin Aigner, 2012 waren es nur 1,8 %. Anstatt ihre Spielräume als Bundesministerin zu nutzen, weist Aigner den Bundesländern die Hauptverantwortung zu. Gleichzeitig hat sie in den Verhandlungen zur EU-Agrarreform zugelassen, dass die Länderprogramme um über 20 % gekürzt werden. Das ist scheinheilig“, so Plagge. *cs*

Strafanzeige gegen Schimmelschieber

Im jüngsten Futtermittelskandal um Schimmelmais haben die AbL-Bundesvorsitzenden gemeinsam mit einem betroffenen Bauern aus Ostfriesland Strafanzeige gegen Unbekannt bei der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Oldenburg (Niedersachsen) gestellt, um jetzt endlich Licht in den Futtermittelskandal zu bringen. Sie könnten nicht akzeptieren, dass auf Grund des Schimmelmaiskandals im Frühjahr diesen Jahres fast tausend landwirtschaftliche Betriebe tagelang gesperrt worden seien. Die Verursacher des Skandals hingegen schoben die Verantwortung von sich, wiegelten ab und wollten es alle nicht gewesen sein“, so Bernd Voß und Maria Heubuch vom AbL-Vorstand. Sie wollten, dass die Verantwortlichen für den Verkauf des mit dem Schimmelpilz Aflatoxin verseuchten Futtermittels aus Südosteuropa zur Rechenschaft gezogen würden. Das betroffene Handelshaus versuchte offenbar, das Problem mit den 35.000 Tonnen Schimmelmais auf seine Weise zu lösen: Toepfer International exportierte es einfach in die USA – dort sind die Grenzwerte für Aflatoxin im Tierfutter nicht so streng wie in Europa. *cs*

Landvolk Kampagne gegen Zeitungsredaktion

„So, wie Landwirtschaft heute betrieben wird, kann es nicht weitergehen. Um noch mehr Erträge zu erzielen, pressen die Landwirte den Äckern das Letzte ab. Die Folgen sind nicht zu übersehen: überdüngte und mit Gülle verseuchte Böden, belastete Gewässer, zerstörte Lebensräume für Bienen, Vögel und andere Nützlinge.“ Dieser Satz der Redakteurin Carola Böse-Fischer in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)* zur Kommentierung der jüngsten Agrarreformbeschlüsse erregte den Unmut des niedersächsischen Landesbauernverbands (Landvolk). Mit Muster-Leserbriefen sollten doch die Mitglieder bitte die HAZ-Redaktion überschütten und gleich auch mit Abo-Kündigung drohen, so die Handlungsanweisung des Verbandes. Böse-Fischer solle sich entschuldigen, forderte das Landvolk. Die HAZ-Redaktion regierte gelassen, veröffentlichte positive wie negative Reaktionen auf den Kommentar und liess verlauten, man werde bei einer kritischen Berichterstattung bleiben. *cs*

Weidehaltung und Melkroboter

Die Weidehaltung in Dänemark hat sich seit 2003 von 75 % auf nunmehr nur noch 25 % der Kühe verringert. Die Agrarorganisation LF startete mit dem Betriebsberatungsdienst ein Programm, das die Vereinbarkeit zwischen Weidegang und automatischem Melken fördern soll. *en*

Kurzes am Rande

Mia hams satt

Bayerisches Agrarbündnis bringt 8.000 Menschen auf die Straße

Unter dem Motto „Mia hams satt“ demonstrierten mehr als 8.000 Bauern, Verbraucher, Umweltschützer, Imker, Vertreter von Eine-Welt-Organisationen und Gegner von Massentierhaltungsanlagen am Odeonsplatz in München und zogen anschließend vor die Staatskanzlei zur Abschlusskundgebung. Es war eine Freude zu sehen, wie sich der Odeonsplatz immer mehr füllte, viele Bekannte zu treffen, dieses Gemeinschaftsgefühl zu verspüren und dann noch die Möglichkeit zu haben, zusammen den Politikern die Leviten zu lesen. Bei der Kundgebung machte unter der Moderation von Marion Ruppen vom BUND und Anja Sobczak vom Umweltinstitut der BUND Vorsitzende Hubert Weiger den Auftakt: „Wir wollen verhindern, dass durch ein Freihandelsabkommen mit den USA Gentechnik, Hormonfleisch und gefährliche Chemikalien auf dem Tisch der Verbraucher landen.“ Romuald Schaber vom BDM kritisierte, „dass die Landwirtschaftspolitik der EU bisher sowohl aus Sicht der Erzeuger, wie auch aus Sicht der Verbraucher völlig einseitig an den Belangen der Industrie orientiert ist. Die Milchbauern haben diese ausbeuterische und ruinöse Politik satt“. Für die Imker sprach Sonja Heinemann, Vorsitzende des Imkerverbandes Rhön Grabfeld: „Wie kann es sein, dass unsere Bienen im Sommer hungern müssen und weiterhin bienenschädliche Pestizide in großen Mengen ausgebracht werden dürfen“. Sie forderte u.a. „ein endgültiges Verbot der bienengiftigen Neonicotinoide und bunte Ausgleichsflächen für Maismonokulturen“.

Keine Gentechnik

Mein Part war die Auseinandersetzung mit der Gentechnik und ich forderte Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen und im ständigen Ausschuss für Lebensmittelkette und Tiergesundheit eine klare Haltung gegen die Zulassung des Genmaises „Smartstax“ einzunehmen. Frau Aigner kann sich im Gegensatz zu ihrem Kollegen Brunner nicht darauf rausreden, dass Bayern hier nichts zu entscheiden hätte. Ein schönes Dirndl reiche eben nicht aus, wenn man wirklich für Bayern, Deutschland und Europa was tun will. Die Ministerin solle doch endlich respektieren, dass die Menschen in Deutschland Agrotechnik ablehnten. Wenn wir unsere Tiere von unserem Boden füttern und uns von unserem Land ernähren wollen, verbietet sich auch die weitere Zubetonierung von Boden, wie das in Bayern mit 18 ha pro Tag der Fall ist. Viele Beifall erhielt Boniface Mabanza, Globalisierungskritiker aus der demokratischen Republik Kongo, der für die entwicklungspolitischen Organisa-

tionen Misereor, Mission EineWelt, Brot für die Welt und die Menschenrechtsorganisation FIAN sprach, für seine Feststellung, dass „das Recht auf Leben erst Wirklichkeit werden kann, wenn der Schrei der hungernden Kinder mehr Aufmerksamkeit bekommt als das Geschrei der Banken.“

Kein Ausverkauf

Neben anderen Rednern der Jugendorganisationen des Trägerkreises fasste Ludwig Sothmann, Landesvorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz die Forderungen des breiten Bündnisses abschließend nochmals zusammen: „Unser Appell an die Politik: Schluss mit diesem Ausverkauf an Gemeingütern! Wir fordern eine Politik, die dem Menschen nutzt und nicht der Agrarindustrie. Wir fordern gelebte Schöpfungsverantwortung als Grundlage für politische Entscheidungsprozesse. Die neue Welt der Massentierhaltung, der manipulierten Organismen, der ästhetischen Banalisierung unserer Heimat ist nicht unsere Welt. Wer politisch darauf abzielt, kann nicht unser Vertreter sein, dient dem Wohl des Volkes nicht.“

Auch regionale und überregionale Zeitungen und Rundfunkanstalten berichteten ausführlich, so dass die Botschaft der Veranstaltung sicher viele Menschen in ganz Deutschland erreicht hat. Ich glaube, dass alle mit dem Gefühl nach Hause gefahren sind, an einer gelungenen und wichtigen Demonstration teilgenommen zu haben.

Gertraud Gafus, AbL Bundesvorstand und AbL-Bayern



Jetzt gilts! Gertraud Gafus in München

Foto: Lintzmeyer

Betriebsspiegel:

180 ha Nutzfläche, davon 45 ha Grünland
60 Milchkühe mit Nachzucht
25 Mutterkühe, Bullenmast
Getreide-, Rüben-, Mais- und Rapsanbau

Der Landkreis Lüchow Dannenberg ist geprägt von den Flüssen Elbe und Jeetzel. Vor den Eindeichungen war in den Flussniederungen regelmäßig Hochwasser. Die betroffenen Dörfer hatten den Beinamen „Arme Wasserdörfer“. Um die Häuser zu schützen waren sie auf Warften gebaut. Auch unser Milchviehbetrieb in Quickborn liegt in der Elbmarsch, doch der Ort selbst liegt sicher vor Hochwasser auf einer Anhöhe. Das war bei diesem Hochwasser sehr beruhigend, dass man sich nicht um sein Haus Sorgen machen musste, sondern nur Wiesen und Acker betroffen waren.

Mit Hochwasser zu leben ist hier also

nichts ungewöhnliches, außer die Pegelstände künden ein Jahrhunderthochwasser an, wie im Juni nach den enormen Regenfällen im Oberlauf der Elbe. Unsere Pegelvorhersage fiel einen Meter höher aus als beim letzten Jahrhunderthochwasser, statt 7,90 m nun 8,80 m. Das hieß aber, dass die Deiche kilometerlang zu niedrig sind. Diesmal reichte es nicht, das Grasfutter zu mähen und das Vieh von der Elbwiese zu treiben. Die Anspannung und die Bedenken wuchsen. Was ist, wenn die Deiche nicht halten? Über nichts anderes wurde in den Dörfern geredet. Der ausgelöste Katastrophalarm schon Tage vor dem Höchststand vergrößerte die innere Unruhe noch, war aber unbedingt nötig, um die Deiche mit Sandsäcken zu erhöhen. Hilfe kam von überall durch Feuerwehren, Bundeswehr, THW und jede Menge Freiwillige. Es herrschte ein Ausnahmezustand: Kolonnen von Einsatzfahrzeugen mit Blaulicht, Sire-

nenalarm, Straßensperren, Presseteams, Schulfrei und Deichwache, sowie die Evakuierung der Nachbarstadt Hitzacker. Auf den Straßen zur Elbe waren Tag und Nacht die Trecker, mit Sandsäcken beladen, unterwegs. In einer 12-Stundenschicht wurden ca. 3000 Sandsäcke befüllt. Eine gewaltige logistische Leistung, ebenso wie die Verpflegung der Helfer. Hunderte Menschen, emsig wie die Ameisen, halfen beim Sandsackaufeln in Sandkuhlen oder beim Stapeln auf dem Deich, an den noch nicht einmal das Wasser heran reichte. Irgendwie irrwitzig! Aber das Wasser kam; es ist ein mächtiges Naturschauspiel, wie schnell das Wasser riesige Flächen einnimmt. Die Fließgeschwindigkeit war sehr hoch, wenn man am Deich war, hörte man es diesmal richtig rauschen, so dass einige Anwohner direkt am Deich kaum in ihren Häusern schlafen mochten. Nur zu warten ist schwer auszuhalten, und so wurden Möbel und

Papiere ausgeräumt und vieles in Sicherheit gebracht. Auch auf unserem Hof wurde Platz im Stall geschaffen um Bullen und Milchkühe aus Nachbardörfern aufnehmen zu können. Im Notfall hätten laut Veterinäramt 5000 Rinder aus der Elbmarsch evakuiert werden müssen, Milchkühe sind ein besonderes Problem, weil sie auch gemolken werden müssen. Man spielte alles in Gedanken immer wieder durch und fand keine Ruhe. Und das Tage lang. Immer mit der Frage, hält der Deich oder nicht? Hier hat er gehalten, aber vielleicht nur, weil er in Fischbeck gebrochen ist. Die Zerstörung dort zeigt auch uns hier, dass die Sorgen und Ängste berechtigt waren, es hätte genauso auch uns treffen können. Viele Dankgottesdienste in den Gemeinden und eine große Hilfs- und Spendenbereitschaft drücken die Betroffenheit der Menschen aus. Es ist eine Solidargemeinschaft zusammengewachsen, allein hätten wir es nicht geschafft. Aber auch kritische Stimmen im Bezug auf den Klimawandel werden laut. Natur- und Deichschutz müssen aufeinander abgestimmt werden und die Forderung, dem Wasser wieder mehr Raum zu geben, wird lauter.

Jetzt, Wochen später, ist das Hochwasser an der Elbe so gut wie vergessen, alles ist wieder saftig grün und unsere Tiere grasen wieder am Fluss. Nur einige vergessene Sandsäcke erinnern an das Hochwasser. Auf unseren Ackerflächen direkt am Deich sind Schäden wahrzunehmen, aufgrund von Quälwasser, dem die Pflanzen zu lange ausgesetzt waren. Aber damit mussten wir ja schon oft leben. Zum Schluss möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal bei allen Helfern bedanken!

Gisela Webs, Quickborn

Hält der Deich?

Ich wurde von meinem Radiowecker Laus meinem guten Schlaf gerissen. Es ist der 31.5.2013, seit Wochen gibt es nur Wasser, Regenwasser, mal regnet es nur, aber dann gibt es die Tage, da könnte man meinen, die Wolken fallen herab und die Sintflut kommt. So war es die letzten Tage, jeden Tag über 100 Liter Wasser auf den Quadratmeter. Aber zurück zum Morgen, im Radio lief zuerst Musik, dann kam das Zitat von Karl Valentin: „Mich g'freuts wenn's regnet, denn wenn es mich nicht g'freut regnet's auch“, schwer bedrückt musste ich nachdenken, recht hat er der alte Valentin, aber als Bauer schaut die Welt doch auch mal anders aus. Langsam stieg ich aus dem Bett und hörte meinen kleinen Bach, es war heute kein kleiner Bach mehr, es war ein Fluss, rauschen. Mit den schlimmsten Erwartungen ging ich in den Dachboden, von dort kann man den Bach sehen, und sah den Fluss. Normalerweise 8 m breit, 0,5 m tief, jetzt 150 m breit auf meiner Wiese und 2,5 m tief. Der Tag fängt gut an, es kann ja nur noch besser werden, der Regen lässt nach und es nieselt nur noch. Drei Tage später war das Wasser wieder weg, und der Dreck da. Jetzt ging es ans grobe Aufräumen, Baumstämme entfernen, Äste und eine Kloschüssel. Eine Woche später war Silage und Heuernte angesagt, von den vier ha Überschwemmungswiese wurde die Hälfte kompostiert und die andere Hälfte Heu gemacht, ich weiß aber noch nicht, ob die Entscheidung gut oder scheiße war, aber ich brauche das Futter, da ich die-



Mich g'freuts wenn's regnet

ses Jahr schon sechs ha Pachtwiese verloren habe (Biogasanlage). Zwischenzeitlich ist das Wasser bei uns abgelassen und die nächsten sind abgesoffen an der Donau. Die Bilder von den Verwüstungen an der Donau und anderen großen Flüssen waren erschreckend, da ist mein kleines Hochwasser ganz klein. Unser Ostallgäuer BDM beschloss eine Futtermittelspende nach Deggendorf zu organisieren, nicht Geld, denn mit Geld kann man keine Kuh füttern sondern Heu. Die organisatorischen Probleme wurden analysiert und gelöst. In der Presse gab es einen Aufruf sich per Fax/ Mail bei dem Organisator zu melden. Das Heu wurde von den Bauern an einen Hof gebracht, dort auf LKWs verladen und nach Deggendorf gebracht, auch wenn es mehrere 100 km sind, so

sieht Nachbarschaftshilfe aus. Zwischenzeitlich sehnten sich, ich glaub, alle Bauern nach Regen, so ausgiebigem dreitägigen Dauerregen, aber den hatten wir ja schon im Mai und Juni, da blieb für Juli kein Tropfen übrig. Dürre. Wiesen, die vorher abgesoffen sind, sind jetzt rotbraune Wüsten. Risse im Boden und wenig Gras. Wieder weniger Winterfutter. Aber jetzt ist August und es hat wieder ausreichend geregnet, die Wiesen sind saftig grün und das Gras wächst, aber es wird nicht solange wachsen, bis die Futtervorräte üppig sein werden, das heisst, es müssen Konsequenzen gezogen werden.

Futter Zukaufen oder Viehbestand an Futter anpassen?

Wir werden langfristig den Viehbe-

stand ans Futter anpassen, kurzfristig werden alte Futtervorräte aufgebraucht, und ich habe noch drei ha Bio GPS dazugekauft (Triticale, Roggen, Erbsen, Wicken)

Fazit von diesem dreiviertel Jahr:

„Mich g'freuts wenn's regnet, denn wenn es mich nicht g'freut regnet's auch“

Georg Martin, Ronried

Betriebsspiegel:

Biobetrieb Melanie, Georg und 5 Kinder
35 ha Dauergrünland
45 Kühe plus Nachzucht
1 Zuchtstier, 40 Puten, 20 Legehennen, 1 (leider nur noch) Ziege
Katzen, Enten usw.

Altes und neues Landgrabbing in Ostdeutschland?

Bauernhöfe statt Kampagnen für „außerlandwirtschaftliche Investoren“ zur Verteidigung von LPG-Nachfolge-Pfründen

Landgrabbing im Süden und in Osteuropa, die Vertreibung von Bauern auf großen Agrarflächen durch Konzerne und Staaten - dies wird von NGOs, Medien, Kirchen und auch Politikern angeprangert. Neuerdings ist auch das „Landgrabbing“ in Ostdeutschland durch „außerlandwirtschaftliche Investoren“ ein Thema. Verschwiegen wird dabei leider das um Dimensionen größere Landgrabbing, bei dem Politiker den Großteil ehemaliger DDR-Agrarflächen an Ex-LPG-Kader in LPG-Nachfolgebetrieben verteilen. Seit der Wende wird dies durch

35 %, Flächen im Eigentum der Länder und Kommunen, ca. 25 %

Die Flächen in öffentlicher Hand waren der Nachlass aus DDR-Enteignungswellen, die durch die Bodenreform strategisch vorbereitet worden waren. Diese Flächen wurden damals unter dem Lobby-Einfluss von LPG-Nachfolgern, Ost-Politikern und großlandwirtschaftsbessenen West-Politikern gezielt an die umfirmierten LPG-Nachfolge-Unternehmen verpachtet. Wiedegründungswillige Bauern konnten deshalb keine Höfe gründen oder bestenfalls Nebenerwerbs-

schaften“ verkaufen ihre Unternehmen oder Anteile an außerlandwirtschaftliche Investoren. Nach und nach entstehen so Landbau-Konzerne, Biogas-Imperien und Mega-Tierfabriken.

Bei der Ausschreibung der letzten 400.000 Hektar in öffentlichem Besitz setzt die BVVG, im Gegensatz zu früheren Verfahren nach einer Vorgabe der EU die tatsächlichen Marktpreise an und nicht mehr unrealistische Spottpreise. Dagegen mobilisiert die LPG-Nachfolge-lobby mit dem Schreckgespenst von den „neuen Landgrabbern“ oder „außerlandwirtschaftlichen Investoren“.

LPG-Lobbyisten Merkel/Steinmeier

Die Berichterstattung folgt nicht selten der Argumentation der Bauernverbands-Propaganda, die von „genossenschaftlichen Mehrfamilienbetrieben“ spricht und gegen das Landgrabbing durch Agrarkonzerne gerichtet ist. Die Flächenübertragung an die LPG-Nachfolger, deren Bewirtschaftungsstrukturen sich von denen der Agrarkonzerne nicht unterscheiden, findet dabei auch weiterhin kaum Beachtung. Kanzlerin Merkel warnte beim „Bauerntag“ des Deutschen Bauernverbands denn auch vor einer Übernahme der LPG-Nachfolgebetriebe durch ein „Landgrabbing“ außerlandwirtschaftlicher Investoren. Steinmeier bediente den in der SPD starken Ost-Agrarindustrie-Flügel, indem er den „großen Agrarbetrieben Ostdeutschlands“ eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Bewahrer des ländlichen Raums andichtete. Unter dem Druck der LPG-Nachfolge-Lobby werden vom Bund jetzt Studien des Thünen-Instituts zu den „außerlandwirtschaftlichen Investoren“ verfasst.

Alte und neue Agrarkonzerne

Demnach sind die Agrargesellschaften in den neuen Ländern je nach Region zu 20 bis 50% in der Hand nichtlandwirtschaftlicher Investoren. Aber auch viele LPG-Nachfolgebetriebe sind demnach „hochgradig auf wenige Personen konzentriert“, auch „unterstützt durch staatliche Regelungen (z.B. Altschuldenregelung, Flächenprivatisierung, Vermögensauseinandersetzung)“, „einzelne ortsansässige Personen“ verfügten inzwischen über „sehr große Vermögensanteile“. „Der vor allem in Mecklenburg-Vorpommern geäußerten Befürchtung einer Rückkehr zu Strukturen, die sich dem Großgrundbesitz im 19. Jahrhundert nähern“, könne man – so die Autoren der Studie – „nicht gänzlich widersprechen“. Als bekannt gewordene Beispiele für große außerlandwirtschaftliche Agrar-

investoren listete eine frühere Studie des Thünen-Instituts auf: den Möbelkonzern Steinhoff mit 20.000 ha, die JLW Holding (Lindhorst-Gruppe) mit 24.000 ha, die KTG Agrar mit 28.000 ha, die Tonkens Agrar mit 3.000 ha, die Südzucker mit 10.000 ha in Deutschland und 7.000 ha im Ausland, die Wimex mit 7.000 ha, die Osterhuber Agrar mit 7.000 ha und 24.000 Rindern, den Ex-Fleischmanager Rodo Schneider mit 6.200 ha, die Rethmann-Gruppe mit 6.500 ha, die Fiege-Gruppe mit 4000 ha und 5.500 Rindern und die AgroEnergy AG mit 4.150 ha. In letzter Zeit sind auch die „Mac Agrar GmbH“ des hessischen Ex-Landhandlers Roth oder die L.S.G.GmbH des ostholsteinischen Gutsbesitzers und Ex-Bankers Christian Heine ins Blickfeld geraten, ebenso offene oder heimliche Übernahme-Strategien großer LPG-Nachfolgebetriebe gegenüber benachbarten Agrarbetrieben. Die Thünen-Studie berichtet aber auch über eine „Agrargenossenschaft“ mit drei Führungskräften und mittlerweile mehr als 15.000 Hektar, die seit 2003 zwei Agrargenossenschaften und zehn GmbHs im Umkreis von 110 km übernommen hat. Die Übernahme eines „erheblichen Pakets von Geschäftsanteilen“ der vorpommerschen Ducherower Agrar GmbH durch den Heizungs- und Biogas-Industriellen Martin Viessmann wurde laut Spiegel offenbar eingefädelt durch den GmbH-Geschäftsführer Eckhard Schröderl - laut Spiegel zu DDR-Zeiten LPG-Leiter und SED-Parteisekretär, der die „Landwirtschaftliche Produktions-Genossenschaft“ (LPG) nach der Wende „schnell und clever in Privateigentum überführt“ habe und dessen „Agrar GmbH“ nunmehr über drei Gesellschaften bürgerlichen Rechts throne, mit sechs „ehemaligen LPG-Genossen“ und rund 5.000 Hektar.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken!

Alte quasi-feudale „rote Junker“ als LPG-Nachfolger oder finanzkapitalistische Investoren - das ist keine Alternative. Gefordert ist ein Ende der Stützung von alten und neuen Agrarindustrie-Konzernen und der Aufbau bäuerlicher Strukturen – bei der Vergabe von Flächen, durch die Kappung von Flächenprämien oberhalb von 150.000 Euro pro Betrieb und durch gezielte Förderung von Arbeit und ökosozialen Leistungen auf Bauernhöfen. Gerade die ostdeutschen Dörfer brauchen keine regions-schädliche Agrarindustrie in welcher Form auch immer, sondern vielfältige bäuerliche und mittelständische Strukturen mit vielfältigen Arbeitsplätzen.

Eckehard Niemann



Versteckt, aber mitten in der Kritik: Die BVVG in Berlin

Foto: Lehnert

eine Allianz von Bundesregierung und Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG), Ost-Landesregierungen, Behörden, Bauern- und Raiffeisenverband - schöneredet und gedeckt durch Parteien, Kirchen und auch NGOs betrieben. Die neue Aufregung über das Landgrabbing durch Agrarkonzerne wie die KTG Agrar dient dazu, die alten Pfründe der zumeist agrarindustriellen LPG-Nachfolger vor neuen agrarindustriellen Konkurrenten zu schützen und ihnen weiterhin ihr Monopol auf kostengünstige Pachten und Landkäufe und Milliarden-Subventionen zu bewahren.

Pachtmonopole/Bodenschnäppchen

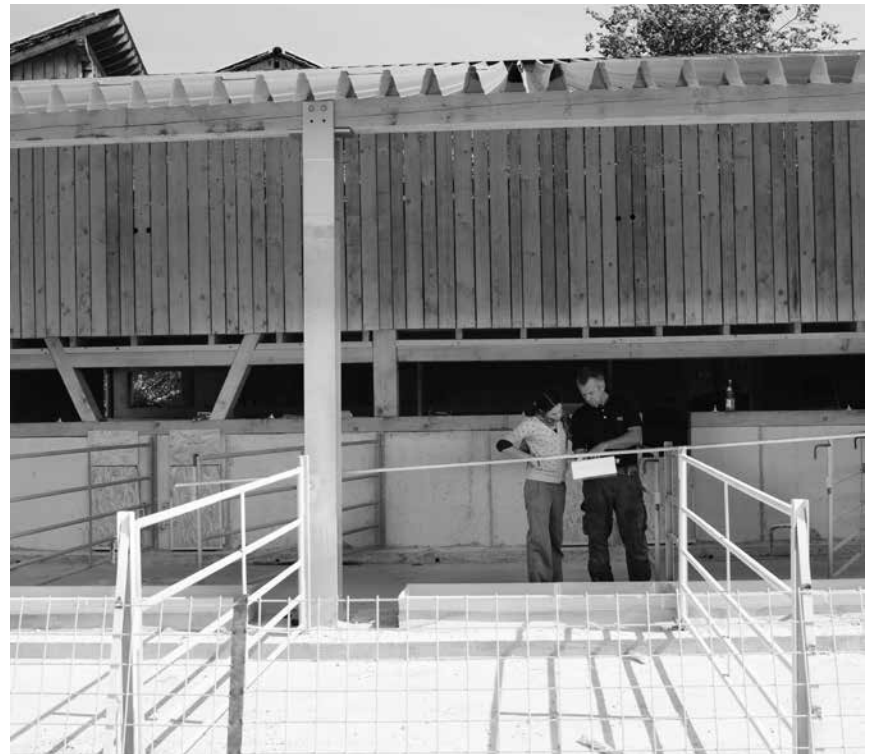
Der ostdeutsche AbL Sprecher Jörg Gerke hat in seinem Buch „Nehmt und Euch wird gegeben“ und vielen Artikeln das „alte Landgrabbing“ eindrucksvoll beschrieben: Zur Zeit des Einigungsvertrages bestand die ostdeutsche Landwirtschaftsfläche aus drei Flächenpools: Privatflächen, breit verteilt, etwa 40 %, Flächen in Eigentum/Verwaltung des Bundes (Treuhand, ab 1992 BVVG), ca.

betriebe einrichten. Der Deutsche Bauernverband, in dem die Funktionäre des ostdeutschen VdGB-„Bauernverbands“ eine maßgebliche Rolle spielen, betätigte sich als Lobbyist dieses Polit-LPG-Nachfolge-Geflechts. So konnten LPG-Nachfolger, die „ihre“ Agrarunternehmen schon auf Kosten von LPG-Beschäftigten und ehemaligen Landeigentümern an sich gebracht hatten, das Land billig weiterpachten – und sogar zu Spottpreisen kaufen.

Alte gegen neue Landgrabber

Die Regelungen führen dazu, dass sich neben den LPG-Nachfolgern auch andere Agrarkonzerne im Osten breitmachen: Die politisch geschaffenen Großbetriebe sind auch für außerlandwirtschaftliche Investoren interessant. Ins Rentenalter gekommene LPG-Nachfolger können ihre einst günstig erworbenen Anteile und Flächen mit Millionengewinn verkaufen – und freuen sich über die preistreibende Konkurrenz der neuen Investoren. Viele Inhaber großer Agrar-GmbHs bzw. Pseudo-„Agrargenossen-

Die Zukunftsperspektive für eine weltweit tragbare Agrarkultur kann nur bäuerlich sein und umschließt überschaubare regionale Kreisläufe, die erhaltende Nutzung natürlicher Ressourcen und Prozesse sowie den Bezug zu den Menschen. Denn gerade im Bereich der Tierhaltung und Fleischproduktion werden immer wieder die Probleme und Grenzen von unübersichtlichen, industriellen Strukturen in Landwirtschaft und Verarbeitung deutlich: Futtermittel werden von weit her eingekauft - damit erzeugte Überschüsse lassen die Preise für Bauern und Bäuerinnen hier verfallen und stören als Exportware Märkte anderswo. Außerdem bringt das Futtermittel Soja die Schwierigkeit mit sich, dass es inzwischen zum großen Teil gentechnisch verändert ist – ein Verfahren, das zumindest in Europa mehrheitlich abgelehnt wird. Nicht flächengebundene Tierhaltung sowie ständiges Wachstum und Konzentration dieser Form der Veredelung sorgen für Nährstoffüberschüsse, Umweltprobleme und Abwehrreaktionen der Bevölkerung. Große Strukturen und Landbesitz schaffen Machtverhältnisse, die den Erhalt ihrer Vorteile durchzusetzen wissen und damit Gegenentwürfe lebendiger Vielfalt behindern. Das Vertrauen der einkaufenden Menschen ist nur bei direktem Kontakt wirklich vorhanden und bezieht sich vor allem auf Regionalität, Verarbeitungsqualität, würdigen Umgang mit Tieren und Menschen. Betriebe, die auf diese Formen des Wirtschaftens setzen, konkurrieren jedoch immer wieder über den Preis und anonyme Warenströme des Handels mit Strukturen, die das nicht einhalten.



Stillstand am Futtermittelhafen

Bauern und Verbraucher stoppen globale Maschinerie der Gentechnik-Sojaimporte

Brake/Unterweser: Meterhohe Blechsilos mit gigantischen Lagerkapazitäten und hohe Hafenkranen - ein enormer Logistikpark. Dieses Bild kennen LKW-Fahrer, die an einem der größten europäischen Futtermittelhäfen im niedersächsischen Brake eine Lieferung Soja abholen sollen. Doch am 20. August bot sich ihnen mittags ein anderes Bild: Ein querstehender Traktor samt Anhänger, bunte Transparente und lautstarke Aktivisten blockierten friedlich aber selbstbewusst die Zufahrt zum Hafengelände. Die Tagesbilanz: 40 Leute und 1 Traktor mit Anhänger, eine mobile Küche und eine Spontan-Samba-Band haben in einer Stunde 35 LKWs zum Stehen gebracht. Ein breites Bündnis aus Bauern, Verbrauchern, Wissenschaftlern und Agrar-Studenten

machte so auf die weitreichenden, negativen sozialen und ökologischen Folgen der Soja-Futtermittelimporte aufmerksam. Eine der Initiatorinnen war Annemarie Volling, Koordinatorin der gentechnikfreien Regionen Deutschlands. Sie bezeichnete Soja als den „Schmierstoff für die industrielle Massentierhaltung in Europa.“ Da diese die bäuerlichen Strukturen hier und weltweit vernichte, „muss der Soja-Import-Wahnsinn gestoppt werden!“ fügte sie hinzu.

Es interessiert die Bohne

Doch zunächst die Zahlen: Im Jahr 2013 wird die EU27 voraussichtlich 26,8 Mio. t Sojaschrot sowie 11,3 Mio. t Sojabohnen importieren. Auf Deutschland werden davon Anteile von rund 3,5 Mio. t Sojaschrot und

3,2 Mio. t Sojabohnen entfallen. Hinzu kommt, dass es sich derzeit beim größeren Teil dieser Importe um gentechnisch verändertes (gv) Soja handelt. Für Ernst Steenken, Bauer aus dem Oldenburger Land, ist „der Soja-Import das Einfallstor der Gentechnikkonzerne. Das müssen wir unterbinden.“ Deshalb hat Steenken schon vor drei Jahren eine Einkaufsgemeinschaft für gentechnikfreie Futtermittel mitgegründet. Welche konkreten Auswirkungen der Anbau der riesigen Mengen an Soja in den Hauptexportländern Brasilien und Argentinien hat, weiß Paulo Alfredo Schönardie nur zu genau. Als landloser Kleinbauer aus Brasilien und derzeit Doktorand an der Universität Hamburg kennt er diese aus der Praxis. Er berichtet, dass „durch den Soja-Monokulturanbau wertvolle ökologische Gebiete wie Regenwälder oder Savannen unwiederbringlich zerstört werden.“ Mehr noch: „Kleinbauern werden vertrieben. Heute besitzt 1 % der Großbauern 46 % der privaten Landflächen in Brasilien. Mit Ernährungssouveränität hat das nichts zu tun!“ Für Ottmar Ilchmann, Milchbauer aus Ostfriesland und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Niedersachsen, ist diese Situation unhaltbar. „Wir dürfen nicht länger auf Kosten anderer leben. Wir müssen bewusst auf eine bäuerliche, regionale und ökologischere Lebensmittelerzeugung setzen. Zumal wir mehr als genug pflanzenbauliche Alternativen zu den Sojaimporten haben.“ Damit meint

Ilchmann vor allem die sogenannten heimischen Leguminosen. Ackerbohnen, Futtererbsen, Klee und Co können die Nutztiere ähnlich gut versorgen wie Soja. Gleichzeitig ist ihr Anbau mit vielfältigen ökologischen Vorteilen für die heimische Landwirtschaft verbunden. Sie erhöhen die Artenvielfalt der Kulturlandschaft, fördern die Bodenfruchtbarkeit und können Bodenverdichtungen lockern. Mehr noch: durch die Fähigkeit, den Boden auf natürliche Art und Weise mit Nährstoffen zu versorgen, minimieren Leguminosen die energieaufwendige Produktion von synthetischem Dünger.

Agrarindustrie anschaulich

Die Aktion vor dem Futtermittelhafen in Brake war für Lea Unterholzner vom Agrarbündnis Niedersachsen ein voller Erfolg. Zufrieden konstatiert sie, dass „der kleine Aufstand heute Mittag wenigstens zeitweilig eine globale Maschinerie zum Stillstand gebracht hat.“ Außerdem betonte Unterholzner: „Das war heute der Auftakt. Am 31. August werden wir gemeinsam mit vielen Menschen unter dem Motto ‚Wir haben Agrarindustrie satt‘ den größten europäischen Geflügelschlachthof in Wietze bei Celle umzingeln. Wir werden dabei die agrarindustriellen Fehlentwicklungen und die politischen Verantwortlichen deutlich benennen. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft mit regional angepassten Strukturen sieht anders aus.“

Phillip Brändle,
junge AbL



Mit Traktoren und Transparenten gegen Soja aus Übersee

Foto Weißenberg

In Maßen wertvoll, in Massen ein Problemfall

Änderung des Düngerechts zur Reduzierung von Umweltproblemen, auch durch organischen Dünger, in der Diskussion

Was tun, wenn „ursprüngliche kleine, gewachsene Betriebe, die sich wegen ihrer geringen Fläche auf Tierhaltung spezialisiert haben“, soviel Gülle erzeugen, dass sie regional nicht mehr grundwasserverträglich ausgebracht werden kann? Für Werner Hilde, niedersächsischer Landvolkpräsident und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbands (DBV), der die obigen Worte in einem Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) wählte, um die landwirtschaftliche Struktur der niedersächsischen Region Vechta/Cloppenburg zu beschreiben, kein Grund zur Sorge: Der DBV stehe zur Kreislaufwirtschaft - die durch Transporte auch räumlich größer ausfallen könne. Grundwasserbelastungen stammten zum größten Teil aus alten Zeiten, in denen der Misthaufen neben dem Haus lag. Es besteht jedoch offensichtlich ein Problem durch überdüngte Flächen, insbesondere in Regionen mit intensiver Tierhaltung und Biogasanlagen. Aktuell weisen drei wissenschaftliche Beratungsgremien nochmals darauf hin, dass nach dem Nitratbericht der Bundesregierung von 2012 insgesamt und verstärkt in diesen Regionen die Ziele der EU-Nitratrichtlinie, der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie der nationalen Strategien zu Nachhaltigkeit und biologischer Vielfalt nicht eingehalten werden. Deshalb hatte schon die EU-Kommission angemahnt, die deutsche Düngemittelverordnung (DüngeVO) zu überarbeiten. In einer Stellungnahme vom 23. August drängen nun die Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik (WBA) und für Düngungsfragen (WBD) beim Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) sowie der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung gemeinsam auf eine zügigere und weitreichendere Reform der entsprechenden Gesetze als sie zur Zeit in Arbeit ist.

Güllekataster

Im besonders von der Nährstoffproblematik betroffenen Bundesland Niedersachsen versucht die Landesregierung mit eigenen Maßnahmen die regionalen

Düngerüberschüsse und die Nährstoffströme im Auge zu behalten und zu lenken. Zurzeit sorgt der amtierende Landwirtschaftsminister Christian Meyer mit seinen Plänen zur Einführung eines Güllekatasters, das auch Gärsubstrate aus Biogasanlagen umfassen soll, für Diskussionen. Ab 2014 soll die Ausbringung organischer Dünger flächengenau erfasst werden. Sowohl die Tierzahlen als auch die Fläche der Betriebe werden nach Angaben aus dem Ministerium mit einbezogen. Grundsätzlich handle es sich um ein Instrument aus einem Gesamtkomplex



Gülle: zu oft ein Entsorgungsproblem

Foto: mülhhausen/landpixel

verschiedener Maßnahmen. Martin Schulz, Neuland Schweinehalter im Wendland, Biogasanlagenbetreiber und Mitglied des Bundesvorstands der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), sieht die Notwendigkeit für Verschärfungen im Düngerecht. Für das Güllekataster hat er aber wenig Verständnis, da es in der derzeit geplanten Form hauptsächlich mehr bürokratischen Aufwand mit sich bringt – für alle Betriebe. „Die Leidtragenden sind die Regionen, in denen vernünftig mit den Wirtschaftsdüngern umgegangen wird - weil in in anderen Regionen wie Westniedersachsen Schindluder getrieben wird und keine Raumplanung stattfindet. Warum nicht endlich mal die Großvieheinheiten (GV) pro Hektar (ha) und damit die Nährstoffüberschüsse vor Ort begrenzen?“ Andere Maßnahmen, wie die Einschränkung der Herbsdüngung fin-

det Schulz vernünftig. Zusammen mit der Förderung von ausreichend Lagerkapazitäten wird so die Ausbringung der Wirtschaftsdünger effizient und klimaschonender zur Hauptwachstumsperiode im Frühjahr gelenkt. Niedersächsische Betriebe, die organische Dünger abgeben oder aufnehmen, sind nach Vorgabe der Verbringungsverordnung des Bundes und der landeseigenen Meldeverordnung jetzt schon zur Meldung der Mengen verpflichtet. Die landes- und bundesweiten Bestrebungen, Gärreste aus Biogasanlagen im Düngemanagement grundsätzlich

voll mit zu berücksichtigen, statt nur wie bisher die Gülleanteile herauszurechnen, sehen sowohl Martin Schulz als auch Ottmar Ilchmann, Milchbauer aus Ostfriesland und AbL-Landesvorstand, als überfällig an. Ilchmann stört bei allen Regelungen zur Düngung, „dass Mineraldünger gar nicht berücksichtigt wird. Organischer Dünger taucht immer als Problemfall auf, obwohl er einen hohen Wert hat. Wichtig dafür ist halt eine flächenbezogene Tierhaltung.“ Hier sieht Ilchmann eine Anpassungsmöglichkeit bei der Umsetzung des Güllekatasters: so könnten z.B. Betriebe mit einem Tierbestand bis zu 1,5 GV/ha von der Meldepflicht ausgenommen werden, da kein grundsätzlicher Nährstoffüberschuss besteht. Eine andere Möglichkeit besteht für Ilchmann in der gezielten Anwendung des Güllekatasters auf Problemregionen bzw. auf Betriebe, die sowieso von der

Verbringungsverordnung betroffen sind. Wichtig ist ihm, dass danach differenziert wird, wie die Betriebe aufgestellt sind.

Bundesweit düngen

Auf Bundesebene fordern die Wissenschaftler von WBA, WBU und SRU als Grundlage für ein bedarfsgerechtes Düngemanagement die verpflichtende Erstellung von flächenbezogenen Hoftorbilanzen für Stickstoff (N) und Phosphor (P), die alle wichtigen Nährstoffströme inklusive Futtermittel und Gärreste beinhalten. Um Nährstoffeinträge in die Umwelt zu verringern, empfehlen die Räte für organische Dünger verlängerte Sperrfristen für die Ausbringung, erhöhte Lagerkapazitäten, abhängig von der verfügbaren Fläche sowie verschärfte Anforderungen an die Ausbringungstechnik. Außerdem wird die Begrenzung der P-Zufuhr als notwendig erachtet. Die Empfehlungen gehen in einzelnen Punkten über die Vorschläge einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Bundesregierung von 2012 hinaus, die von der EU-Kommission als nicht weitreichend genug eingeschätzt wurden. Letztere fordert unter anderem eine längere Sperrfrist vom 1.9. bis 31.1., einen maximalen N-Flächensaldo von +40 kg N/ha, reduzierte P-Salden und eine Begrenzung des mineralischen N-Düngereinsatzes. Die nun geforderte Hoftorbilanz macht Ottmar Ilchmann, der in einem Wasserschutzgebiet wirtschaftet, schon seit langem. Er schätzt die damit verbundene Beratung, verknüpft mit Bodenproben und Feldbegehungen. „Das führt dazu wirklich einschätzen zu können, wie die reale Versorgung auf den Flächen aussieht. Das ist sehr sinnvoll, aber eben auch Aufwand, der im Schutzgebiet finanziell unterstützt wird.“ Um die Ausweitung der Güllelagerkapazitäten zu finanzieren, wurden direkt die Agrarinvestitionsförderprogramme vorgeschlagen und Ilchmann gibt zu bedenken: „Beton und Technik werden immer schnell gefördert – aber warum nicht den EU Topf für ländliche Entwicklung auch nutzen um ein wirkungsvolles Beratungsprogramm auszuweiten?“ *cw*

Feinstaub-Grenzwerte

Das niederländische Umweltministerium hat nach einem Bericht über den Feinstaubgehalt der Luft in Gemeinden mit Intensivtierhaltung (Monitoringsrapportage NSL 2012) weitere Maßnahmen angekündigt. In 46 Gemeinden der Provinzen Gelderland, Nordbrabant und Limburg sind Überschreitung der Feinstaub-Grenzwerte bei 249 Wohnungen (zuvor 170 Wohnungen) gemessen wor-

den, auch generell sei die Hintergrundkonzentration relativ hoch. Geplant sind Maßnahmen zur Begrenzung einer weiteren Expansion der Intensivtierhaltung und neue Vorschriften für Geflügelanlagen zur Reduzierung der Feinstaub-Emissionen. Hierfür sollen die Vorgaben für die Begrenzung der Ammoniak-Emissionen auch auf den Bereich der Feinstaub-Emissionen ausgeweitet werden. Nach Einschätzung vieler Experten korre-

liert die Ausbreitung resistenter Keime mit der von Feinstäuben. *en*

Unterstützung für Intensivtierhaltung

Die Bundesregierung hat 2012 sogenannte Hermesbürgschaften im zweistelligen Millionenbereich für die Lieferung von Legehennenkäfigen in die Ukraine übernommen, die in Deutschland nicht zugelassen sind. Dabei handelt es sich um Kreditausfallgarantien für inländische Unternehmen, die ins Ausland exportie-

ren – heftig umstritten im Bereich der intensiven Tierhaltung in Systemen, die, wie in diesem Fall, hier verboten sind. Kritik kam auch von der heimischen Geflügelwirtschaft, die Wettbewerbsnachteile befürchtete. Das Wirtschaftsministerium verteidigte die Garantien damit, dass keine Exporte aus der Ukraine in die EU stattfanden. Nun berichtete im August der Nachrichtendienst *Agrar Europe*, dass der Zulassung für die Einfuhr von ukrai-

Handwerkliche Produktion und regionale Produkte

Dorfmetzgereien werden immer seltener. In Hintersteinau wird noch handwerklich produziert und im Lohn geschlachtet

Die Metzgerei Schädel in Hintersteinau gibt es schon seit 1936. Hintersteinau, ein kleines Dorf am südlichen Rand des Vogelsbergs. In den letzten Jahren wurde die Metzgerei von Reiner Schädel, der als Lehrer an der beruflichen Schule arbeitet, nur noch im Nebenerwerb geführt. Auch der Laden war nicht mehr regelmäßig geöffnet. Produziert wurde auf Bestellung. Dennoch sollte die Metzgerei nicht einfach aufgegeben werden, hing doch ein langes Stück Familientradition an ihr. Ob ein glücklicher Zufall oder das Ergebnis langer Suche, es gelang, einen Nachfolger zu finden, der sich der unternehmerischen Herausforderung stellen wollte. Anfang 2012 übernahm Stefan Salomon den Betrieb. Zuvor hatte er 15 Jahre in einer anderen Metzgerei gearbeitet. „Ich war auf der Suche nach einer neuen Herausforderung und wollte mich gerne selbstständig machen“, erzählt der Fleischermeister.

Wiedererweckt

Als erstes wurde das Ladengeschäft wieder eröffnet. „Das war bei vielen noch ein Begriff“. Zwei-mal pro Woche, am Mittwoch und am Samstag, ist der Laden offen. Neu ist der Bestellservice, den Stefan Salomon eingeführt hat. Per Telefon, Fax oder E-Mail bestellen vor allem Stammkunden gerne direkt und lassen sich Wurst und Fleisch nach Hause bringen. Die Metzgerei bzw. der Laden liegen für Laufkundschaft eher ungünstig. Auch deshalb wurde das Angebot zu Beginn dieses Jahres durch einen Partyservice erweitert. Das Angebot diverser Fleischgerichte, Saucen, Gemüse und Gratins wird in der Region gut angenommen. Darüber hinaus werden Platten für Buffets oder Kanapees gemacht. Auf Bestellung gibt es auch belegte Brötchen für kleinere Anlässe. Bekannt sind aber vor allem die Bratwürstchen, die bei vielen Fußballspielen gegrillt werden. Zugute kam Salomon die Erfahrung, die er aus seiner fünfjährigen Tätigkeit als Metzger, einige Dörfer weiter, sammeln konnte. Zu seinem ehemaligen Chef hat der Neugründer ein gutes Verhältnis. Die Auftragslage ist gut. Man hilft sich gegen-

seitig. Ein langer Weg war es, bis die Metzgerei ihren heutigen Stand mit EU-Zulassung erreicht hatte. Reiner Schädel hatte die Metzgerei kontinuierlich weiterentwickelt. Hatte einen soliden Anlieferungsbereich für Großvieh gebaut, Tötungsbox, Aufzug und Rohrbahnen installiert. Den Boden erneuert, Waschbecken eingebaut, versucht den Richtlinien zu genügen.

Die EU-Zulassung

Der Schritt zur EU-Zulassung war dennoch eine Hürde. Ein Jahr lang wurde umgebaut und modernisiert. Fenster und Fliesen mussten getauscht werden. Schussapparate wurden getüvt und ein Hygienekonzept erstellt, Thermometer kalibriert, damit zukünftig der Temperaturverlauf im Kühlhaus dokumentiert werden kann. Das Trinkwasser musste untersucht werden und vierteljährlich macht der Kammerjäger jetzt ein Schädlingsmonitoring. Das alles war immer mit Kosten verbunden. „Die muss ich jetzt bei der Schlachtung mitberechnen“, sagt Salomon schon fast entschuldigend. Vielleicht auch weil er in dem Moment an die vielen Betriebe in der Umgebung denkt, die bei ihm ihre Tiere im Lohn schlachten lassen. Vor allem im Herbst und Winter ist hier Saison. In der Regel drei Großvieh in der Woche, manchmal auch vier. Das Kühlhaus hat nur begrenzte Kapazität. Seit der Erteilung der unbefristeten EU-Zulassung dürfen statt fünf Großvieh hier nur noch drei gleichzeitig hängen. Weil die Rohrbahnen, an denen die geschlachteten Tiere an der Decke entlang geschoben werden, auf die Schlachtung von Rindern optimiert sind können keine Schweine mehr geschlachtet werden. Allenfalls Schafe werden ab und zu noch angeliefert. Für die Direktvermarkter in der Region ist die Metzgerei Schädel eine der letzten, die noch im Lohn schlachten darf. Die Hürde der EU-Zulassung war für die meisten Betriebe zu hoch. Trotz Fleischschau und hygienischer Bedingungen sind in anderen kleinen Schlachthäusern oft nur noch Hausschlachtungen möglich. Die Tiere

dürfen dann nur noch für den Eigenbedarf genutzt werden. Der nächst größere Schlachthof liegt 35 km entfernt in Fulda. Im Vergleich zu anderen Regionen ist das nah. Ihre Tiere in die anonyme Maschinerie eines Großschlachthofs zu geben, dass schafft bei vielen Tierhaltern aber trotzdem noch Unbehagen.

Qualität ist gefragt

Die Kunden wissen die kleinen Strukturen zu schätzen, ist sich Salomon sicher. „Die Qualität setzt sich durch. Die Leute sehen, dass es Handarbeit ist.“ Die verarbeiteten Tiere kommen alle aus der Region. Am Anfang hat es gedauert, bis die Kunden wieder Vertrauen gefunden hatten. Inzwischen ist der Betrieb mit seinem neuen Inhaber gut bekannt und wächst. Eigentlich sollte im Betrieb ein Lehrling lernen und mitarbeiten. Doch die Lehrstelle blieb frei. Bis auf stundenweise Unterstützung an den Schlachttä-

gen sowie von zwei Verkäuferinnen im Laden arbeitet Salomon allein. Das heißt lange Arbeitstage. Vor allem wenn beim Partyservice Feste und Hochzeiten anstehen. Unter der Woche wird produziert. Die Würstchen sind nicht nur bei den Sportvereinen der Region bekannt und beliebt. Verlassen kann sich Stefan Salomon auch auf seine Frau, die ihn, wo immer es geht, unterstützt.

Als ob der Tag so nicht schon voll genug wäre, erzählt Salomon noch schnell von seinem letzten Jagdabenteuer: „Gestern, um kurz vor Mitternacht, habe ich noch einen Keiler geschossen. Natürlich habe ich um die Uhrzeit keinen mehr ans Handy bekommen. Ich musste mich ganz schön quälen bis ich die zwei Zentner hinten auf dem Auto hatte.“ Sicher ist die Jagd, das draußen sein, ruhig warten und beobachten eine Art der Entspannung und eine Entschädigung für die vielen Stunden im Schlachthaus. *mn*



Metzgermeister Stefan Salomon mit der Verkäuferin Heike Kempel

Foto: Nürnberger

nischem Geflügelfleisch im Juli eventuell noch im Jahr 2013 eine für Eier und Eiprodukten folgen werde. Gespräche darüber wurden nach Angaben von *topagrar online* schon 2012 geführt. Drei internationale Tierschutzorganisationen haben im Mai in einem Bericht verschiedene ähnliche Fälle aufgezeigt: Investitionen in Intensivtieranlagen außerhalb Europas, an deren Umsetzung EU-Mitgliedstaaten maßgeblich beteiligt sind, die jedoch

innerhalb der EU aufgrund von Tierhaltungsbestimmungen nicht zugelassen wären (www.hsi.org/assets/pdfs/ifi_report_agribusiness.pdf). *cv*

Widerstand gegen Straathof & Co

Gegen das Vordringen des niederländisch-deutschen Schweinekonzerns Straathof nun auch nach Bayern demonstrierten 300 Menschen in Donauwörth, wo Straathof in die vorhandene Baugenehmigung eines Landwirts einsteigen will. Straathof, der

mittlerweile an zahlreichen ostdeutschen Standorten riesige Schweineanlagen für Zehntausende von Schweinen betreibt, stößt auch im sächsischen Wellau auf Widerstand, wo der Gemeinderat die neue Baugesetzgebung nutzt und keinen Bebauungsplan erstellen will. In Binde und Genthin (Sachsen-Anhalt) muss Straathof seine nicht genehmigten Ställe zurückbauen. In Hassleben, wo das Land Brandenburg eine Schweineanlage des nieder-

ländischen Agrarindustriellen van Gennip kürzlich genehmigt hat, wollen die Agrarfabriken-Gegner klagen. *en*

ESBL überall

Jeder dritte Hähnchenmäster in den Niederlanden ist laut einer Studie der Universität Utrecht Träger von resistenten ESBL-Bakterien, in der übrigen Bevölkerung immerhin jeder zehnte. Auf 94 % des Hähnchenfleischs wurden ESBL-Bakterien gefunden. *en*

Federn lassen

Die Geflügelbranche ist unter Druck. Neueste Studien bestätigen einmal mehr den massiven Einsatz von Antibiotika: In der Hähnchenhaltung erhält ein Tier im Durchschnitt alle vier Tage ein Antibiotikum, die Erhebung der regionalen Verteilung der Medikamentenverabreichung ergibt eine jährliche Menge von 700, der insgesamt 1.700 Tonnen bundesweit, in den Tierhaltungsintensivregionen an Weser und Ems. In Dänemark und Österreich verzichten Hennenhalter auf Kupieren der Schnäbel, was Niedersachsens grünen Landwirtschaftsminister Christian Meyer dazu veranlasst, dass das auch bei uns bald Realität werden sollte - Laut Tierschutzplan spätestens 2016. Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) warnte daraufhin vor einem übereilten Verbot, da „bei einem verfrühten Verzicht ohne fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse über auslösende Faktoren und eine mögliche Kontrolle der Verhaltensstörungen, Federpicken und Kannibalismus wird aber lediglich ein Tierschutzproblem durch ein anderes ersetzt.“ Gleichzeitig beklagt der Verband die momentane existenzbedrohende wirtschaftliche Situation vieler geflügelhaltender Betriebe. Leicht gestiegene Erzeugerpreise für Geflügelproduzenten könnten derzeit den kräftigen Anstieg der Futtermittelpreise nicht ausgleichen. Dabei erforderten die hohen Tierschutzstandards in Deutschland eine angemessene Entlohnung der Erzeuger. *cs*

Kurzes am Rande

155.000 Bienentaler

Oder: Die Geschichte vom Landgrabbing in Ostdeutschland

Richtig so!“, sagt mir die Frau bei der Bäckerei und auch beim Eis essen, Hundefutter kaufen oder tanken werde ich immer wieder positiv angesprochen. Die Leute beziehen sich auf unsere Aktion am 17. Juli vor der Zentrale der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Berlin. Da haben wir aus Protest gegen die Landvergabepolitik und als betroffener Hof demonstriert und ‘n Haufen Geld gedruckt. „Hat es denn was gebracht? Habt ihr das Land nun bekommen?“ wird dann nachgefragt. Ich würde sagen, es hat was gebracht, aber dass diese Kampagne uns den Zugang zu den von uns gewünschten Flächen, 20 ha in Hofnähe, bewirken würde, das haben wir nie geglaubt. Dafür hat es Zuspruch

weisen: wir als regionale bäuerliche Betriebe sollen das Unmögliche leisten. Wir stellen uns diesen Unmöglichkeiten und sagen zynisch: „Kein Problem, dann produzieren wir halt Geld!“ Die Implikationen, die sich aus den immer größeren Flächen und immer weniger Flächenbesitzern entwickeln, wiegen immens. Immer weniger ArbeiterInnen pro Hektar, immer größere Schläge Monokultur, immer einseitiger wirtschaftende Großbetriebe, weniger Artenvielfalt, Tourismus, Kultur, Bildungseinrichtungen und somit immer weniger (junge) Menschen auf dem Land bei fehlenden Zukunftsperspektiven. Ein Kreislauf der sozialen Entwicklung nach unten. Auch bei uns in Märkisch-Oderland. Dieser rasante Strukturwandel erhöht auch den Druck auf BäuerInnen in Westdeutschland. Im Osten hat ein Betrieb durchschnittlich mehr Großvieheinheiten, mehr Hektar, weit weniger Arbeitskräfte und produziert viel, viel billiger nach der Nachhaltigkeit wird in dieser rein ökonomischen Beleuchtung nicht gefragt. Wir waren explizit zurückhaltend in unseren Forderungen: wir als Hof fordern eine Möglichkeit, sinnvolle Landwirtschaft auf angrenzenden Flächen machen zu können, aber als BäuerInnen fordern wir einen sofortigen Stopp der Verkäufe und eine öffentliche Debatte über die Gestaltung der Landvergabe. Wir wollen nicht als kleiner Hof die Kriterien festlegen, denn unsere Kriterien sind vielleicht nicht die unserer Nachbarn. Wir fordern, was es nie gab, eine Partizipationsmöglichkeit an dem, was mit unserem Allgemeingut geschieht. Eine Möglichkeit, unser Leben und unsere Umgebung selbst zu gestalten. Die Großbetriebe, Investoren und Agrargiganten „üben“ hier und setzen ihren Kurs vielfach in Ländern weiter östlich fort. Der Druck setzt sich fort. Vieles mehr könnte und sollte hier diskutiert werden, dazu wollen wir einen Beitrag leisten. Ob wir in Zukunft Flächen für Betriebe wie den unseren „befreien“ oder sichern können, liegt an dem Engagement und der Widerständigkeit von uns allen.



Ohne Konzernstrukturen in der Hinterhand müsste man Geld drucken dürfen, um Land kaufen zu können.

Foto: Bar-Tal

Fleischskandale nützen Metzgern kaum

Immerhin noch die Hälfte des Fleisches kaufen die Deutschen laut FAZ bei den 14.400 Meistermetzgereien (Umsatz 16,4 Mrd. Euro), von denen ein Drittel bis maximal die Hälfte noch selbst schlachten. Die Zahl der selbständigen Metzgereien sank 2012 weiter um 5 %, oft werden aufgegebene Läden als Filialen durch andere Betriebe weitergeführt. Industrielle Fleischskandale führten dem Handwerk jeweils immer nur für eine kurze Zeit neue Kunden zu. *en*

Lüftungen in Stalleinrichtungen prüfen

Die AbL hat Landwirte und Behörden aufgerufen, der Funktionssicherheit von Lüftungsanlagen in zwangsbelüfteten Ställen und dem Brandschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Über 900 verendete Schweine nach Ausfall der Lüftung auf dem Hof des CDU-Bundestagsabgeordneten und westfälisch-lippischen Bauernverbands-Präsidenten Johannes Röring im Landkreis Borken sei nur der jüngste Fall in einer Reihe ähnlicher Vorfälle, bei denen Schweine und Masthühner dem Versagen der Technik zum Opfer gefallen seien. In Erinnerung sei noch das Verenden von 3.000 bzw. 1.000 Schweinen in Großanlagen in Alkersleben (Sachsen-Anhalt) bzw. Sangerhausen (Thüringen) oder von 117.000 Masthühnern in einer Agrarfabrik bei Haldensleben. Es sei deshalb richtig, wenn die Behörden bei der Genehmigung neuer großer Stalleinrichtungen der Installation, Wartung und Kontrolle von Lüftungs- und auch Brandschutzanlagen sowie der Technik zur raschen Alarmierung von Tierhalter und Feuerwehr große Beachtung schenken. *en*

gebracht, viele Artikel und Diskussion, eine Mobilisierung und Sensibilisierung, eine etwas öffentlichere Debatte.

Viele sind betroffen

Aufräumen müssen wir an dieser Stelle mit dem möglichen Missverständnis, es ginge bei der Kampagne allein um uns in Bienenwerder. Die Landvergabepolitik ist für alle ungerecht und intransparent. Wir treten nicht als Bittsteller für unseren Hof auf, denn wir sind Teil der Region und solidarisch mit allen vom Landgrabbing betroffenen BäuerInnen. Wir sind ein Fallbeispiel, das wir nutzen wollten, um die Debatte greifbarer zu machen, zu zeigen, worum es eigentlich geht: Wir als Landwirte können auf einem Bodenmarkt, der von systematischer Preistreiberi durch verdeckte Versteigerungen, die BVVG, die falschen politischen Entscheidungen und Investoren gestaltet wird, nicht konkurrieren. Bei Preisen, die komplett entkoppelt sind von dem, was sich landwirtschaftlich erwirtschaften ließe, bleiben wir außen vor. Wir haben 155.000 Bienentaler, die Höhe des Mindestgebots für 20 ha, gedruckt, um auf diesen Aspekt hinzu-

Betriebsspiegel:

So ein Hof sind wir: Über 100 verschiedene Gemüse-, Obst-, Kräuter- und Blumenkulturen werden hier angebaut; anstatt viel Geld in teure Technik und Diesel zu versenken arbeiten wir mit vielen Menschen und Arbeitspferden nachhaltig, aber nicht rückwärtsgerichtet. Wir vermarkten unsere Produkte direkt und ohne Umwege nach Berlin an vier Bioläden, eine Tofu-Manufaktur, ein Restaurant und mehrere große WGs. Arrondierende Flächen sind naheliegende Weidegründe für unsere Milchziegen und Arbeitspferde, während sie gleichzeitig der wildlebenden Artenvielfalt dienen.

Juli Bar-Tal,
Bäuerin und Aktivistin

Nur Schutz vor Bauernabzocke?

Konsumgetreidestreit geht weiter – angeblich zum Wohle der Bauern

Ich halte es für geboten und sachgerecht, solchen Missständen auf den Grund zu gehen, damit Landwirte, die in derartige Notlagen geraten sind, nicht zusätzlich belastet werden.“ Das klingt nach geradem Rücken, was Robert Kloos, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, da als Antwort auf ein Schreiben der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) formuliert. Es geht einmal mehr um die Aussaat bzw. vielmehr um den Verkauf von Konsumgetreide zu Aussatzwecken im Frühjahr 2012, als es aufgrund starker Auswinterungsschäden kaum mehr zertifiziertes Saatgut gab. Die Bauern und Bäuerinnen aber auch viele der Landhändler und Genossenschaften wussten sich nicht anders zu helfen, als Konsumgetreide zu handeln und auszusäen. Den Pflanzzüchtern blieb das natürlich nicht verborgen, sie schlugen einen Deal vor, der das Handeln der Bauern und Aufbereiter legalisieren

sollte, wenn diese Auskunft darüber gaben und zu verminderten Lizenzzahlungen bereit waren. Zwar konnte die Saatgut-Treuhandverwaltung GmbH (STV) als Vollstreckerin des Bundesverbandes deutscher Pflanzzüchter (BDP) keine weitere Strafverfolgung im privatrechtlichen Bereich versprechen, die Verfolgung der Verletzung des Saatgutverkehrsgesetzes durch die Landesämter bleibt davon allerdings unberührt. Und genau die ist inzwischen in die Untersuchung der Angelegenheit bei mehreren Genossenschaften und auch Bauern und Bäuerinnen eingestiegen. Angeblich – so formulieren es die Mitarbeiter der eifrigsten Behörde in Nordrhein-Westfalen und nun auch Bundesstaatssekretär Kloos – gehe es dabei eben nur darum, Aufbereiter und Händler herauszufischen und abzustrafen, die zu übersteuerten Preisen Konsumgetreide als Saatgut an die Bauern und Bäuerinnen verkauft haben. Jens Beismann, Anwalt der IGN, vertritt einige Ge-

nossenschaften in der Sache und hat bislang noch bei keiner den Eindruck gewonnen, dass versucht wurde, die damalige Notlage auszunutzen und die Bauern und Bäuerinnen abzuzocken. „Die Aufschläge lagen im üblichen Rahmen der Aufbereitung“, sagt Beismann. Zum Teil übernahmen die Genossenschaften auch den Lizenzanteil der Bauern und Bäuerinnen bei einer Teilnahme an dem dubiosen Deal mit der STV. Auf der anderen Seite stehen nun Bußgeldforderungen, in einem Fall von 100.000 Euro. Noch verweisen Ämter und Ministerien darauf, dass nur ermittelt werde und ja alles nur zum Schutz der Bauern und Bäuerinnen sei. Ob das so aufrecht erhalten wird, wenn erst einmal alle Daten erhoben sind, bleibt abzuwarten. Robert Kloos erkennt immerhin an, dass das forsche Vorgehen von Amt und STV zu „Irritationen“ bei Bauern und Bäuerinnen führen könnte. *cs*



Schöne Worte

Schöne Worte zur Saatgutrechtsreform macht auch Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) gern. Wenn aber Österreichs Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich Sätze sagt wie: „Die genetische Vielfalt ist das Familiensilber der heimischen Landwirtschaft und muss auch für künftige Generationen erhalten bleiben“, dann lässt er den schönen Worten auch Taten folgen. Schon bevor die EU-Kommission ihren Entwurf vorlegte, hatte Österreich Bedenken angemeldet und entsprechende Eingaben gemacht. Und auch nachdem der Vorschlag nun auf dem Tisch liegt und nach Ansicht Berlakovichs immer noch zahlreiche offene Fragen enthalte, die zu Unsicherheiten führten und die Vor- und Nachteile für Konsumenten und Produzenten kaum abschätzbar machten, will Österreich weiterhin in Brüssel Einfluss nehmen. Unterstützung von Ilse Aigner könnte er da gut gebrauchen. *cs*

Forderungen für die Vielfalt

Gesellschaftliches Bündnis will Nachbesserungen in EU-Saatgutreform

Hoffnung und Skepsis bewegen viele derer, die inhaltlich mit der Reform des EU-Saatgutrechts in Brüssel befasst sind. Erhaltungsinitiativen, Ökozüchter, Bauern, Wissenschaftler – allen, denen der Erhalt der biologischen Vielfalt auf dem Acker auch unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit wichtig ist, interpretierten an der im Frühsommer veröffentlichten Vorlage der EU-Kommission. Auch wenn viel Interpretationsspielraum bleibt, ist die Bilanz doch eher negativ als positiv. „Alle alternativen Saatguterzeuger, die biologische Vielfalt, die Umwelt und die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch viele Landwirte hätten das Nachsehen, wenn dieser Reformvorschlag durchkommt. Die großen Saatgutkonzerne sollen dagegen noch stärker bevorzugt werden“, heißt es in einer gemeinsamen Resolution eines breiten Bündnisses aus davon betroffenen Organisationen. Das Bündnis hat klare Forderungen, die es in die weiteren Verhandlungen nach Brüssel tragen wird: Der Anwendungsbereich der Gesetzgebung muss sich auf die Vermarktung von Saat- und Pflanzgut allein für den kommerziellen Anbau und oberhalb bestimmter Mengen beschränken!

Der Austausch von Saat- und Pflanzgut unter Bauern und Gärtnern muss frei bleiben. Er darf nicht von der Verordnung geregelt werden. Der Verkauf von Vielfaltssorten muss frei bleiben, er ist für deren Erhaltung und weitere Verbreitung noch wichtiger als

der Tausch. Eine Registrierung aller Menschen und Organisationen, die Vielfaltssorten verkaufen, ist nicht angemessen, auch nicht aus Pflanzengesundheitsgründen, und darf nicht Vorschrift werden!

Für die Vermarktung traditionell gezüchteter Sorten muss die amtliche Marktzulassung freiwillig sein, sofern darauf keine geistigen Eigentumsrechte (Sortenschutz oder Patente) beansprucht werden.

Die Zulassungskriterien und Testverfahren amtlicher Marktzulassungen dürfen Sorten für den Ökolandbau nicht länger benachteiligen.

Bei amtlich zugelassenen Sorten und Pflanzenmaterial ist Transparenz sicher zu stellen: sowohl über die erteilten geistigen Ei-

gentumsrechte, als auch über verwendete Techniken wie Hybridzucht oder die neuen gentechnikähnlichen Züchtungsmethoden!

Hilfe versagt

Auf Unterstützung aus Berlin konnten sie anders als ihre österreichischen Kollegen bislang nicht zählen. Ilse Aigner sollte endlich nicht nur davon reden wie wichtig ihr der Erhalt der biologischen Vielfalt ist, sondern auch dementsprechend handeln. Möglichkeiten der Einflussnahme in Brüssel gibt es jedenfalls noch mehr als genug, sehr eindrucksvoll demonstriert das immer wieder die Lobby der Saatgutindustrie, denen bislang fast jeder Wunsch für das neue Regelwerk von den Augen abgelesen wurde. *cs*



Der Erhalt der Vielfalt, auch unter den Pflanzenzüchtungsunternehmen, muss Ziel des neuen EU-Saatgutrechts sein
Foto: BLE, Stephan

Sozialdumping im Schlachthof

Die Fleischbranche strauchelt am Kostensparmodell „billige Arbeitskräfte“

Ökostrombefreiung in der Kritik

Immer mehr Unternehmen lassen sich als besonders energieintensive Betriebe von der EEG-Umlage, die die Energiewende finanzieren soll, befreien. Dazu zählen auch viele Firmen der Ernährungsbranche sowie große gewerbliche Tierhaltungsanlagen. Schlachtunternehmen können u.a. auch ihre Aufwendungen für Werkverträge für die Befreiung anrechnen lassen. Das geht auf Kosten aller übrigen Stromkunden, die diesen Industrierabatt mitzahlen müssen. Die Ausnahmeregelung wurde unter Grüner Mitregierungszeit als Schutz für Firmen im internationalen Wettbewerb geschaffen und ist von der aktuellen Regierung gelockert worden. Die EU sieht einen Verstoß gegen internationales Wettbewerbsrecht und will dagegen vorgehen. cw

Großschlachthöfe sind seltsame Orte und werden kritisch beäugt. Obwohl Fleisch nach wie vor in großen Mengen verzehrt wird, machen sich die meisten Menschen hierzulande vom Schlachten der Tiere nur ungern ein Bild. In gigantischem Ausmaß von zigtausend Tieren pro Tag wird aus einem handwerklichen, wenn auch blutigen Verarbeitungsschritt eine unvorstellbare Massenabfertigung. Die Fleischindustrie wird politisch jedoch meist gern gesehen und unterstützt: sie verspricht Arbeitsplätze und bringt Geld in die Region. Doch seit einiger Zeit bröckelt genau dieser Lack: Die als effizient geltenden großen Strukturen mit hohem Rationalisierungsgewinn liefern sich in Wirklichkeit einen gnadenlosen Preiskampf, der auch über die Lohnkosten ausgetragen wird. Gewerkschaften bemängeln dies schon seit langem. Seit Anfang des Jahres sind die Medien aufmerksam geworden und die gängige Praxis der Schlachthöfe dringt verstärkt in die Öffentlichkeit (siehe auch *Bauernstimme* 05/2013): auf Kosten der Festangestellten, die nach Schätzungen von Gewerkschaftern in Extremfällen nur noch 10 % der Belegschaft ausmachen, werden große Teile der Produktion an Netzwerke aus Werkvertragsfirmen übertragen. Vor allem rumänische und bulgarische Arbeiter kommen über Firmen mit



Prälat Kossen

Foto: Weißenberg

offiziellem Sitz in ihren Heimatländern nach Deutschland, arbeiten teilweise ohne Arbeitsvertrag zu Billiglöhnen von z.B. 3,50 Euro pro Stunde, haben wenig bis gar keine soziale Absicherung und werden oft unter katastrophalen Umständen untergebracht.

Widerstand

Einer, der diese Zustände öffentlich anprangert und auf Änderungen drängt, ist der katholische Prälat Peter Kossen, Bischofsvertreter im niedersächsischen Vechta. Er freut sich darüber, dass regional und bundesweit das Thema Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen sowohl für heimische als auch für ausländische Arbeiter gerade in Wahlkampfzeiten eine wichtige Bedeutung bekommen hat: „Ich hoffe, dass da Haltung hinter steckt und nicht nur im großen Stil kosmetische Veränderungen vorgenommen werden – ein paar Wohnungen aufhübschen oder für ein paar Monate einen Euro mehr, bringt nichts. Es braucht eine grundsätzliche, gesetzlich abgesicherte Herangehensweise.“ Laut Matthias Brümmer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in der Region Oldenburg, ist eine Möglichkeit in Sicht: „Aufgrund des öffentlichen Drucks sind die Unternehmen endlich bereit, über Tarifverträge zu verhandeln. Und von der Politik kommt das Signal, dass ein Ergebnis anschließend in das sogenannte Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden kann. Damit würde es allgemein verbindlich für die gesamte Branche und alle Arbeiter, egal welcher Herkunft, gelten.“ Sowohl Kossen als auch Brümmer wollen, dass in den Verhandlungen, für die sich seit neustem auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen einsetzt, nicht nur über Lohn sondern auch über die Bereitstellung von Arbeitsmaterial, Transport und Unterkunft gesprochen wird. Der Ausgang ist noch offen und selbst wenn eine Einigung erzielt ist, muss sie auch umgesetzt werden. Deshalb fordert Brümmer parallel eine bessere Ausstattung der Kontrollorgane, beispielsweise des Zolls. Der niedersächsische Landwirt-



Gewerkschafter Brümmer

Foto: NGG

schaftsminister Christian Meyer verfolgt derweil noch eine andere Idee, die er in die Tagesordnung der Agrarministerkonferenz Ende August in Würzburg einbrachte: Er will, dass sich der Bund dafür einsetzt, zukünftig die Förderung von Schlachthöfen mit EU-Mitteln der Gemeinsamen Agrarpolitik an Sozialstandards zu binden.

Neue Gedanken

Einig sind sich mittlerweile alle, dass die rumänischen Arbeiter Informationen und Beratung vor Ort brauchen, um sich selbst wehren zu können. Angedacht ist auf Landesebene in Niedersachsen ein mobiles Angebot direkt vor den Werktores und Unterküften. „Wenn ein ständiger Kontakt besteht, dann können die Menschen endlich aus dem bisherigen Sumpf des Schweigens ausbrechen“, wünscht sich Kossen. Der kirchliche Sozialdienst Caritas, für dessen regionale Organisation der Prälat zuständig ist, hat der Landesregierung schon ein Angebot für die Umsetzung gemacht. Deutlich wird immer wieder: Vor allem muss sich die Denkweise über Arbeit und deren Wert ändern. So berichtet ein Bauer, der die Wirtschaftlichkeit seiner Milchviehhaltung trotz hoher Arbeitsbelastung nicht mehr gegeben sah, von einem Erlebnis aus dem Bereich der Landwirtschaft: Sein Bankberater riet zu Wachstum: Bauen und einen Mitarbeiter anstellen. „Aber wie soll ich den nach der Investition und bei geringen Milchpreisen bezahlen?“ „Da nehmen sie jemanden aus Rumänien oder Polen, das kostet nicht viel.“ Was bleibt da noch zu sagen? Peter Kossen meint, „wir müssen uns Gedanken über unser Menschenbild machen und immer wieder unsere Vorstellungen vom Zusammenleben diskutieren und überprüfen. Fertig sind wir damit nie.“ cw

Worte des DBV-Vizepräsidenten Werner Hilse

Auszüge aus einem Interview der Hannoverschen Allgemeinen vom 31.7.2013:

„Gülletourismus gibt es in Niedersachsen kaum“... „Wir haben das Problem, dass in einigen Gebieten zu viel Dünger anfällt, der nicht dort ausgebracht wird. Wir stehen zu unseren Konzentrationsgebieten zum Beispiel im Emsland. ... Das Problem mit dem Dünger muss auch auf technische Weise gelöst werden – und bis dahin muss er zur Not auch transportiert werden. Das ist nur ein räumlich größerer Kreislauf, zur Kreislaufwirtschaft stehen wir.“ ... „Wir brauchen Kontrolle, sicher. Aber man wird dadurch nicht mehr finden.“ ... „Da (beim Tierkomfort) haben viele sehr weit reichende Vorstellungen, vom Kastrick für die Schweine bis zu Wolledecken.“ ... „Ein Biolandwirt muss völlig anders wirtschaften... er muss auch Dinge tun, die bei uns früher sozial geächtet waren. Er muss zum Beispiel im Frühjahr ausländische Helfer beschäftigen, die das Unkraut rauszupfen... Das ist mir zuwider. Landwirte, die einigermaßen gut zurechtkommen, stellen nicht um.“ Frage HAZ: „Sie stören sich an den Helfern auf den Biofeldern – aber den Hilfsarbeitern, die Ihre Schweinehälften zerlegen, geht es eher noch schlechter.“ Antwort Hilse (Aufsichtsrat beim VION-Fleischkonzern): „Das kritisieren wir auch. Aber das müssten wir europaweit regeln.“

Abgabe trifft nur wenige Betriebe

Grüne Pläne zur Vermögensabgabe kalkulieren mit hohen Freibeträgen

Wer sich auf die Bauernverbandsseiten „Meine Bauernfamilie“ im Internet begibt, kann lesen, was der Verband von den, das Vermögen betreffenden, Steuerplänen der Grünen hält „Wir sind deshalb der Meinung: Vermögenssteuer ist Landnahmesteuer, Anti-Familiensteuer und Mittelstandssteuer.“ Auf den ersten Blick erscheint diese Argumentation richtig, denn eine pauschale Steuer auf Vermögen würde alle treffen, eben auch Bauern mit geringem Einkommen aber im Besitz von Boden, Maschinen und Tieren. Schnell könnte sich da die Situation ergeben, dass trotz geringer Einnahmen Steuern zu zahlen sind und aus diesem Grund Land verkauft werden muss. Das freilich haben auch diejenigen erkannt, die sich das Steuermodell ausgedacht haben. Aus diesem Grund haben sie verschiedene Korrekturfaktoren eingebaut. Vorgesehen ist ein Freibetrag von fünf Mio. Euro je Betrieb. Zusätzlich bekommt der Betriebsleiter einen Freibetrag von einer weiteren Million. Ist er verheiratet, erhöht sich der Freibetrag für das Betriebsvermögen um eine weitere Million. Für jedes Kind erhält der Betrieb ebenfalls einen Freibetrag von 250.000 Euro. Nur sehr wenige Betriebe, nach Berechnungen der Grünen, weniger als ein Prozent, werden deshalb von der Vermögensabgabe betroffen sein.

Niedrige Hektarsätze

Die Bewertung der zum Betriebsvermögen gehörenden Flächen erfolgt nach dem Bewertungsgesetz. Selbst wenn man hier den größtmöglichen Bewertungsbetrag annimmt, müsste ein Betrieb, damit er von der Vermögensabgabe betroffen ist, über 1.000 ha Land bewirtschaften. Zugrunde gelegt wurde hier der durchschnittliche Pachtanteil von 60 Prozent. Der Betrieb müsste also über ca. 400 ha Eigentum und 600 ha Pachtland verfügen. In den neuen Bundesländern liegt diese Grenze aufgrund niedriger Bewertungsbeträge noch deutlich höher. Neben den Pachtflächen ist auch das Besatzkapital, Maschinen, Gebäude

und Vieh, Teil des Vermögens. In die oben aufgeführte Rechnung ist es mit zwei Millionen Euro eingeflossen.

Ost - West

In den neuen Bundesländern ist die Betriebsstruktur anders als im Westen. Ca. ein Drittel der Betriebe sind Personen- oder Kapitalgesellschaften. Bei diesen wird das Vermögen den Anteilseignern zugerechnet. Jeder Anteilseigner hat einen Freibetrag von einer Million Euro. Der Freibetrag des Betriebs (fünf Mio.) entfällt bei Kapitalgesellschaften. Nur wenige Anteilseigner dürften somit von der Vermögensabgabe betroffen sein. Ab einer Beteiligung von 25 Prozent zählt deren Anteil zum Betriebsvermögen.

Verpächter betroffen

Der Bauernverband konstruiert einen negativen Einfluss auf die Pachtpreise. Das Eigentum von Verpächtern würde nach einem verminderten Verkehrswert (20.000 €/ha) bewertet. Damit liegt die Grenze, ab der die Vermögensabgabe zu zahlen ist, schon bei ca. 50 ha. Dies, so der DBV, würde zu einem Anstieg der Pachtpreise führen. Damit der Fall einer Substanzbesteuerung nicht eintreten kann, ist die Vermögensabgabe auf 35 Prozent des Gewinns beschränkt. Wo kein Gewinn, da auch keine Vermögensabgabe. In jedem Fall aber erst oberhalb der Freibeträge. Die Grünen haben für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Auch die SPD will eine Vermögensabgabe, wenn auch im Detail unterschiedlich. Die Überlegungen der Linken zur Vermögensabgabe dürften die am weiten reichenden sein. Ganz im Gegensatz dazu planen weder CDU/CSU noch die FDP eine Wiedereinführung der Vermögensabgabe. Sie argumentieren, dass hiermit dem Mittelstand Geld genommen würde und scheuen sich davor, die Gunst der wenigen wirklich Reichen zu verlieren, wenn sie eine „Reichensteuer“ einführen. *mm*

Kurzes am Rande

Syngenta-Hybridgersten-Desaster

Der Agrarchemie-Konzern Syngenta informierte kürzlich - wenn auch zurückhaltend - über Verunreinigungen bei der Saatgutproduktion der Hybrid-Wintergerstensorten Leoo und Hobbit. Denkbar sei, dass dies durch Pollenflug in die eigentlich sterile Mutterlinie geschehen sei oder durch Fehler bei der Saatgutaufbereitung. Geerntetes Getreide könne nicht als Saatgut für die weitere Aussaat anerkannt werden. Zuvor hatte Syngenta seine neuen Hybrid-Sorten mit pompösen Versprechen als „Zukunft der Gerste“ mit „mehr Ertrag und Sicherheit“ und „hybrid-optimierter Produktionstechnik“ beworben. Angesichts des nun fehlenden Saatguts wird es mit dem angepflanzten Syngenta-Marktanteil von über 50 % der deutschen Wintergersten-Fläche nichts werden. Der Kampf gegen die drohende Konzerndominanz beim Saatgut bleibt aber nach wie vor angesagt. Die Hybridgersten-Verunreinigung bestärken auch die Warnungen vor einer möglichen Ausbreitung gentechnisch veränderter Sorten. *en*

Verunsicherte Agrarchemie

Bayer, Syngenta, DuPont, K+S, BASF, Monsanto, Yara und weitere in Deutschland ansässige Hersteller von Pestiziden und Düngemitteln sind laut FAZ verunsichert wegen der zunehmenden Kritik an der Agrarchemie und wegen zunehmender Auflagen und Verbote von Technologien und Mitteln. Der Industrieverband Agrar (IVA) verwies aber auf die im letzten Jahr gesteigerten Erlöse hierzulande und weltweit. *en*

Gentechnik gegen Bienensterben

Die Varroa-Milbe ist der gefährlichste Parasit der Honigbienen. Mit Hilfe einer neuen Methode, der sogenannten Ribonukleinsäure (RNA)-Interferenz, will der US-Agrarkonzern Monsanto die Milbe bekämpfen. Über Zuckerwasser sollen die Bienen gentechnisch veränderte RNA, also erbgutübertragende Kettenmoleküle, bekommen, die die Bienen dann in den Waben verteilen, wo sie von den Larven aufgenommen werden. Die Milben ernähren sich vom Blut der Bienenlarven und nehmen damit die fremde RNA auf. Varroaspezifische Wechselwirkungen mit der Milben-eigenen RNA sollen die Parasiten daran hindern, sich zu vermehren und Eier abzulegen - angeblich ohne Effekte auf die Bienen. Der Imker-Verein Mellifera warnt vor unabsehbaren Risiken. Man wisse viel zu wenig über das komplexe Genom der Bienen und anderer Tiere. Die Anwendung müsse regelmäßig wiederholt werden, Resistenzbildungen seien wahrscheinlich. Sterbende Bienen gelangen in die Umwelt und damit in die Nahrungskette. Risiken seien nicht abschätzbar. Auch Wissenschaftler des US-Landwirtschaftsministeriums weisen darauf hin, dass Wirkungen auf Nichtzielorganismen unklar sind. Entwickelt hat die Methode die israelische Firma Beeologics. Sie wurde 2011 von Monsanto aufgekauft. Monsanto erhofft sich mit seinen „BioDirect“-Produkten, die künftig auf ähnliche Weise auch Unkräuter und Insekten bekämpfen könnten, einen lukrativen Markt. *av*

Fade Stammzellen-Frikadelle

Anfang August machte die erste Kunstfleischverkostung Schlagzeilen. Der niederländische Forscher Mark Post servierte in London das erste Hack aus Petrischalen. Aus Gewebeproben von Rindern hat der Forscher adulte Stammzellen gewonnen, die er auf einer Nährlösung ansiedelte und vermehrte. Die einzelnen Zellhaufen mussten dann zu mehreren Muskelstreifen zusammengefügt werden - schließlich entstand der erste Kunst-Burger. Die Konsistenz kam dem Original wohl nahe - allerdings war der Geschmack fade: weniger saftig, Fett fehlt bislang völlig. Das will der Forscher als nächstes nachbauen. Und das Essen war immens teuer: der Prototyp des Kunstfleisch-Burgers kostete 250.000 Euro. Bei Massenproduktion könnte der Preis auf 53 €/kg sinken. Gezahlt hat den ersten Burger Sergy Brin, einer der Gründer von Google. Allerdings sind noch viele Fragen, u.a. ob der Burger gesund sei oder nach der Klimabilanz, ungeklärt. Auch wird es noch einige Zeit dauern und mehrere hundert Millionen müssen investiert werden, bis der Burger zur Marktreife kommen könne. Ob der Kunst-Burger je auf unseren Tellern landet, oder ob wir doch unseren Fleischkonsum abschmelzen müssen, wird die Zukunft zeigen. *av*



Hier würde wohl eine Vermögensabgabe fällig...

Foto: Müller/pixelio

Wahlfreiheit auch bei Saatgut

Nachdem ein Beitrag im ZDF kritisch über den Einsatz von sogenannten CMS-Sorten im Ökolandbau berichtet hatte, fordert der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für Züchtungsmethoden im Pflanzenbau. Nur so könnten Landwirte und Gärtner die Züchtungsmethoden des angebotenen Saatguts sicher erkennen, erklärte der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein. Mit der in der Kritik stehenden Zellfusionstechnik wird die für die Züchtung von Hybrid-Saatgut wichtige Eigenschaft der Cytoplasmatischen männlichen Sterilität (CMS) zwischen Pflanzensorten übertragen. CMS-Sorten fallen nicht unter das Gentechnikrecht. Im Ökolandbau sind sie gemäß EU-Öko-Verordnung erlaubt. Allerdings haben die Öko-Anbauverbände in Deutschland den Einsatz von CMS-Sorten in ihren Richtlinien mit der Begründung untersagt, bei diesem Züchtungsverfahren werde die Integrität der Zelle verletzt. Prinz Löwenstein sprach sich nun dafür aus, das Verbot auch in der EU-Öko-Verordnung zu verankern. Ziel der Ökoverbände sei es außerdem, so Löwenstein, die Verfügbarkeit von Sorten abzusichern, die ohne die Technik auskämen. *cs*

Wichtige Kleinstlandwirtschaft

Knapp 6 Mio. „semi-subsistence-farms“ (SSF), also kleine Landwirtschaftsbetriebe mit vorwiegender Selbstversorgung, gab es im Jahre 2010 in der EU – vor allem in Ost-, Südost- und Südeuropa. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession sinkt diese Zahl kaum, sondern steigt in Südeuropa sogar deutlich. Etwa 20 bis 50 % der Einkommen der Menschen auf diesen Betrieben stammen aus der Subsistenzproduktion. So das Ergebnis einer Studie, die das EU-Parlament in Auftrag gegeben hatte. Empfohlen wird eine vereinfachte Kleinlandwirteregelung mit einer jährlichen Pauschalzahlung der EU-Prämien, außerdem spezielle Programme mit Förderung von Kooperationen, Bauernmärkten und Direktvermarktung. *en*

SRI: Bäuerlicher Anbau statt Agrarchemie

Eine bauernfreundliche Anbaumethode in Indien mit erheblichen Ertragssteigerungen bei Reis und auch anderen Feldfrüchten macht von sich reden und wird weltweit kontrovers diskutiert: Das „System of Rice Intensification“ (SRI) beruht darauf, dass die Reis-Schösslinge nicht mehr büschelweise und im Alter von 3 bis 4 Wochen gepflanzt werden, sondern einzeln von Hand mit ausreichendem Abstand und schon im Alter von 8 bis 12 Tagen. Außerdem werden die Felder zur Wasserversorgung und Unkrautbekämpfung nicht mehr geflutet, sondern der Boden wird trockener gehalten und zudem durch das Jäten von Hand stärker belüftet. Ein Anbau, der im Gegensatz zur sogenannten „Grünen Revolution“ keine teuren Aufwendungen für patentiertes Saatgut, Pestizide und Dünger durch Zukauf von Konzernen verlangt, sondern sogar Saatgut einspart und auf die intensivere Handarbeit von bäuerlichen Familien setzt. Es wird von Ertragssteigerungen in indischen Regionen von 45 % und mehr berichtet. Schätzungen des Leiters des International Institute for Food, Agriculture and Development an der Cornell Universität, Norman Uphoff, zufolge praktizieren weltweit schon 5 Millionen Bauern diese Methode, die von Behörden in China, Indien, Indonesien, Kambodscha, Sri Lanka und Vietnam propagiert werde. *en*

Mensch-Tier-Verhältnis

Das Land Hessen richtet an der Uni Kassel einen neuen Forschungsschwerpunkt zum Verhältnis von Mensch und Tier in Geschichte und Gegenwart ein. Das als zunächst dreijährige Projekt mit einer Ausstattung von rund 3,6 Millionen Euro beleuchtet Ansätze einer interdisziplinären Tierforschung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Agrarwissenschaften ebenso wie aus Germanistik, Geschichtswissenschaft, Kunstwissenschaft, Philosophie und Theologie. Das Verhältnis des Menschen zum Tier sei, so die beteiligten Wissenschaftler, seit Beginn der Zivilisation ambivalent: Tiere sind z.B. Fleischlieferanten, nicht selten gelten sie als Feinde, manchmal aber auch als beste Freunde. Schon in der Frühzeit der Menschen zählten Tiere zu den ersten Kunstmotiven, zu manchen Zeiten wurden in ihnen Verkörperungen von Göttern gesehen, dann wieder benutzte sie der Mensch als Versuchsobjekte. Der neue Forschungsschwerpunkt setze bei aktuellen Debatten über den Umgang mit Tieren an (Tierver-suche, Massentierhaltung, Tierrechte), greife aber bewusst über sie hinaus. *cs*

Kurzes am Rande

Reden und kochen können hilft

Erfolgsfaktoren und Hemmschwellen für eine Solidarische Landwirtschaft

Solidarische Landwirtschaft (Solawi; oder international: Community Supported Agriculture (CSA)) ist eine verbindliche, regionale Zusammenarbeit zwischen Erzeugern von Lebensmitteln und Verbrauchern. Grundlegend ist, dass die Gruppe die Abnahme der Lebensmittel garantiert und alles, was notwendig ist, um diese zu erzeugen, vorfinanziert. Alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte.

Um auch in Deutschland die weltweite Entwicklung hin zu gemeinschaftsträger Landwirtschaft voran zu bringen und die Gründung neuer Solidarhöfe zu unterstützen, hat sich 2011 das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft gegründet. Mittlerweile gibt es ca. 40 Solidarhöfe und -gärtnereien sowie ebenso viele Initiativen im Aufbau. Damit nicht alle das Rad neu erfinden müssen, werden die Erfahrungen im Netzwerk gesammelt und in Form von Beratung, Patenschaften oder Seminaren weiter gegeben. So auch im dreitägigen Fortbildungsseminar im Juli in Heidelberg, bei dem es um verschiedene Aspekte der Konzeptentwicklung für Solidarhöfe ging.

Erfolg durch Verständnis

Wichtige Erfolgsfaktoren sind z.B. von Beginn an eine gute Kommunikationskultur und -struktur aufzubauen, eine verlässliche Kerngruppe zu bilden und darauf zu achten, dass die Grundideen von allen, die neu dazu kommen, gut verstanden werden. Wird das Prinzip der gemeinsam von allen Beteiligten getragenen Organisation nicht ausreichend vermittelt, kommen leicht der Entwicklung weniger förderliche Motivationen ins Spiel, wie z. B.: Wie komme ich

am günstigsten an meine Lebensmittel?“ Wesentlich ist dagegen die Auseinandersetzung mit der Frage: „Was ist mir das wert?“ Auf dieser Grundlage kann bei Bedarf auch ein sozialer Ausgleich durch unterschiedliche Beiträge stattfinden. Im Hinblick auf die detaillierte organisatorische und landwirtschaftliche Umsetzung ist es gut, sich von erfahrenen Solawi-Landwirten oder Gärtnern beraten zu lassen oder diese vor Ort zu besuchen. Wichtig ist, das Konzept gemeinsam zu entwickeln, so dass ein gemeinschaftliches Gefühl und Identifikation mit der Solawi entstehen.

Gewohnheiten ändern

Eine wesentliche Hürde zeigt sich im erforderlichen Umdenken und der nötigen Änderung von Gewohnheiten, z.B. im Umgang mit dem Geld, mit der Verteilung und der Zubereitung der Lebensmittel. Mitglieder sollten z.B. gerne selbst kochen oder es lernen wollen. Weitere Hemmschwellen sind die vermeintlich eingeschränkte Flexibilität und die hin und wieder von Landwirten empfundene Abhängigkeit von der Gruppe. Es gibt nur, was zur jeweiligen Jahreszeit wächst oder haltbar gemacht wurde. Abhängigkeiten bestehen bei einer Solawi-Gruppe prinzipiell und selbst gewählt. Gerade in der Landwirtschaft besteht jedoch die Frage, wie und von wem bin ich abhängig? Und ob ich mit diesen Menschen reden kann und alle füreinander das Beste oder eher den eigenen Profit möchten.

*Katharina Kraiß,
Netzwerk Solidarische Landwirtschaft,
www.solidarische-landwirtschaft.org*



Aktion Zukunft säen

Foto: Hartkemeyer



Struktur neu gedacht

Ein- und Ausblicke der AbL-Strukturtagung in Tonndorf

Jetzt bauen wir zusammen eine Maschine“, leitete Phillip Brändle von der jungen AbL ein Aufwärmispiel ein. Zunächst erstaunte Gesichter – aber dann ließen sich doch alle darauf ein. Eine Teilnehmerin kniete sich in die Mitte und fächelte mit ihren Händen parallel zum Boden. Alle überlegten, was kann das sein? Ein Schneidwerk! Innerhalb von einer Minute stand der AbL-Team-Mähdrescher, drosch und blinkte. Was ulkig klingt, war der auflockernde Einstieg zu einer wichtigen Veranstaltung: Am letzten Wochenende im Juni trafen sich 20 AbLerInnen aus dem Bundesgebiet auf Schloss Tonndorf in Thüringen. Es ging um einen Einstieg in die Weiterentwicklung der AbL-Strukturen und um das Ausprobieren neuer Kommunikations- und Seminar-Methoden für die zukünftige Zusammenarbeit in der AbL.

Gemeinsamer Start

Zunächst machten wir zum Kennenlernen verschiedene Aufstellungen im Raum: Woher kommen wir, wer ist wie alt und was ist die AbL für mich? Danach diskutierten

wir in drei „AbL-Tisch-Runden“ die Fragen: Warum engagieren wir uns bei der AbL? Was unterstützt uns in unserem Engagement bei der AbL und was behindert uns? Was läuft gut und was sollte verändert werden? Hieraus bildeten wir gemeinsam vier Oberthemen, zu denen sich die Teilnehmer in Arbeitsgruppen zusammenfanden, um einen Tag lang intensiv und ausführlich weiter zu diskutieren: a) Gestaltung der Bundesmitgliederversammlung, b) Finanzierung und Mitgliederwerbung, c) Informationsflüsse sowie d) Prozesse der Entscheidungsfindung. Entstanden ist ein Überblick der aktuellen Strukturen und sehr viele Ideen und Anregungen zu möglichen kleinen und großen, kurz- bis langfristigen Änderungen.

Mitgestalten

Alle AbLerInnen sind eingeladen, einzusteigen und mitzudenken - bitte informiert euch zu den Themen, die euch interessieren. Hierzu gerne bei Annemarie Volling nachfragen (volling@abl-ev.de, Tel.: 04131-400720). Erkundigt euch nach AnsprechpartnerInnen für die Gruppen und lest aufmerksam das Protokoll, das der Einladung zur Bundesmitgliederversammlung beiliegen wird. Angestoßen ist ein Prozess, der Zeit brauchen wird – und vor allem aktive Vereinsmitglieder, die sich einbringen: Die Arbeitsgruppen sind eröffnet und freuen sich über Verstärkung! Wir sind bereit, den Prozess in Gang zu halten, weil wir denken, dass die Arbeit des Vereins von diesem Prozess profitieren wird. Bei der Mitgliederversammlung im November treffen die Arbeitsgruppen sich wieder – lasst euch davon nicht überraschen, sondern macht euch Gedanken, schickt Ideen und bringt euch jetzt schon ein!

Euer Organisationsteam: Phillip Brändle, Sonja Korpeter, Henrik Maaß, Carla Proetz, Rebecca Simon, Annemarie Volling



Eindrücke aus Tonndorf

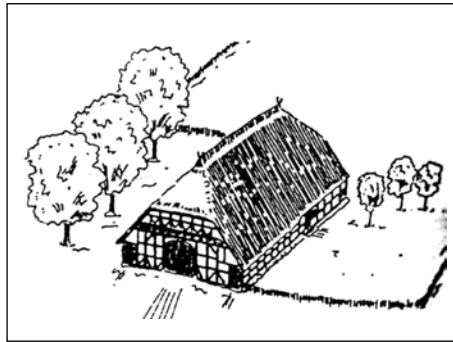
Fotos: Weißenberg

Schwadratzbrobradda

Die Versprecher in unserer Familie sind legendär. Obwohl es keine Versprecher im eigentlichen Sinne sind. Es sind – für meine Begriffe – eher Anzeichen eines kreativen Umgangs mit unserer Sprache.

Insbesondere meine Mutter ist berühmt für ihre Wortverdrehungen. So sagt sie zu einem speziellen Fußbodenbelag konsequent „Limomad“ und zu einem griechischen Knoblauchquark „Tzizacki“. Mein Vater mag da nicht zurückstecken und nennt Tätowierungen neudeutsch „Tatus“. Meine Tochter Nora isst am liebsten kleine, eingelegte Gürkchen namens

„Corchinons“, und für meine älteste Tochter Marie war ich eine Zeitlang nicht Papa, sondern, warum auch immer, der „verkunzelte Oxel“. Jetzt haben mein jüngster Sohn Jon und ich auch ein schönes Privatwort: „Schwadratzbrobradda“, beziehungsweise, als Verb, „schwadratzbrobraddern“. Es hat mit unserer



... aus Schleswig-Holstein

sommerabendlichen Lieblingsbeschäftigung zu tun: an unseren See zu fahren und zu baden. Jon und ich glauben, recherchiert zu haben, woher die Bezeichnung „Schwadratzbrobradda“ stammt: Hans Günther Schwadratzbrobradda war der herausragende Holsteiner Kunstwasserspringer der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wegen seines Einfallsreichtums, seiner perfekten Technik und seiner innovativen Kraft war er weit über die Grenzen seiner Heimatgemeinde Oha bekannt. Legendär ist sein nach ihm benannter Kunstsprung vom voll hochgefahrenen Frontlader seines am Seeufer abgestellten Schleppers. Je nach Lust und Laune sprang Hans Günther einfache, doppelte oder sogar dreifache Schwadratzbrobraddas, bis er den elterlichen Milchviehbetrieb übernahm, auf dreihundert Kühe aufstockte und deshalb keine Zeit mehr zum Schwadratzbrobraddern hatte. Der Name seines Kunstsprungs lebt aber weiter, auch jenseits seines Milchviehbetriebes in der Arbeitsfalle. Zum Beispiel in unserer Familie. Jetzt, in diesem langen, warmen Sommer, wenn ich schwitzend und stinkend in der feuchten Hitze des Melkstandes am Arbeiten bin, freue ich mich immer sehr, wenn Jon irgendwann zur Tür hereinschaut und ruft: „Na, Papa, heute Abend schwadratzbrobraddern?“ „Logesch!“, rufe ich dann, und wenn ich mit der Arbeit fertig bin, ziehe ich die Stallklamotten aus und eine Badehose an, grabsch mir ein Handtuch, meine guten Klamotten und eine frische Unterhose, schmeiße alles in den verbeulten Transit und fahre gemeinsam mit Jon und zwei bis fünf weiteren Familienmitgliedern zum See. Einmal trafen wir eine Nachbarin, die uns entsetzt anglubschte und später im Dorf erzählte, Familie Stührwoldt fahre nackt durchs Dorf, was natürlich nicht stimmt: Wir waren nur halb nackt. Am See angekommen, laufen wir ins Wasser, und jedes Mal wieder freut sich alles in mir, wenn ich eintauche in diesen See, unseren See, den Stolper See – diese Frische, diese Kühle, dieser wunderbare Moment, wenn der Staub und der Schweiß und die Schwere des Tages von mir abgespült werden, während ich zum Badeponon schwimme, um von dort gemeinsam mit Jon nach Herzenslust zu schwadratzbrobraddern, was nichts anderes heißt als: wie ein Bekloppter immer und immer wieder freistilmäßig ins Wasser zu hüpfen, die unmöglichsten Verrenkungen ausprobierend, manchmal sogar Hand in Hand, was Jon zum Anlass nimmt, sich aufs Bitterste bei mir zu beschweren, ich würde ihn in die Tiefe ziehen, dabei schwimmt Fett doch bekanntlich oben, was diesen Vorwurf geradezu lächerlich erscheinen lässt. Eher zieht Jon mich herunter als ich ihn. Nach einer Viertelstunde unermüdlichen Schwadratzbrobradderns ist es dann Zeit, wiederum halb nackt nach Hause zu fahren, außer Atem, aber glücklich, um anschließend schön gemeinsam Abendbrot zu essen, natürlich mit Tzizacki und Corchinons.

Ein Bauer (44) erzählt...

Hochwasser- und Bodenschutz als Einheit gegen Naturkatastrophen

Hohe Mauern werden auch zukünftig Hochwasserkatastrophen nicht verhindern können. Nicht die Böden sind übersättigt, sondern wir Menschen sind schuld, dass solche existenzgefährdenden Überschwemmungen immer schlimmer werden. Die Begrädigung von Bächen, Flüssen und deren Ausbau, die Abholzung der Wälder mit schwerer Technik und vor allem auch die rücksichtslose Belastung unserer Böden werden durch die Natur gerächt. Die verdichteten, degradierten Böden können kaum das Niederschlagswasser aufnehmen und versickern lassen. Eigentlich sollten Böden – unser kostbarstes Gut – wie ein Schwamm reagieren, sie haben diese Funktion aber nicht mehr. Die Grenzen der Belastbarkeit der Böden sind überschritten. Die Prozesse der Bodendegradierung benötigen Jahrzehnte bis Jahrhunderte und werden von den Nutzern zu spät wahrgenommen. Durch die landwirtschaft-

liche Intensivierung der Böden ergeben sich zunehmend beträchtliche Veränderungen dieser Ökosysteme, neben den Bodenverdichtungen werden die zunehmende Bodenerosion, der abnehmende Humusgehalt, der übermäßige Einsatz synthetischer Düngemittel, Pestizide, die Ausbringung von Gülle, Mist, Klärschlamm mit Pharmakar-Rückständen, wie beispielsweise Antibiotika etc., zu Problemen. Sie sind Schuld, dass der Boden als Lebensraum für Regenwürmer und Bodenorganismen nicht mehr existiert. Der Verlust der Bodenbiodiversität wird beantwortet durch gestörten Wasserhaushalt ohne Abwehr von Überschwemmungen und Dürreperioden. Das Puffersystem Boden im Wasserkreislauf ist nicht mehr gegeben. Textur und Struktur bestimmen die hydraulische Leitfähigkeit und die Dynamik des Sickerwassers. Die bodeninternen Eigenschaften bestimmen das Speichervermögen für Wasser

und damit die Wasserversorgung. Der so genannte Ton-Humus-Komplex, der in einem intakten Boden vorhanden ist, regelt den Wasserhaushalt. Durch falsche Landnutzung, wie die verschärfte Flächenkonkurrenz zwischen dem Anbau von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen, fehlende Fruchtfolgen, das Überhandnehmen von Monokulturen, übersteigende Technisierung werden die Bodenfruchtbarkeit und Bodenqualität beeinträchtigt. Der Bodenschutz und das Bodenbewusstsein muss auf politischer Ebene endlich begriffen und durchgesetzt werden. Dabei ist auch die falsche Subventionierung der Landwirtschaft zu überdenken. Bodenschutz kann man nicht von Klimaschutz und der Erhaltung der Biodiversität trennen. Die Wasserspeicherung von Boden und damit der Hochwasserschutz müssen grenzenlos, ganzheitlich betrachtet werden, nicht nur national. Boden-

schutz ist die unabdingbare Voraussetzung, um die Ernährung der Menschen zu sichern. Eine europäische Rahmenrichtlinie zum Bodenschutz ist längst überfällig und kann von Deutschland nicht boykottiert werden. Wir brauchen für das Überleben jeden Quadratmeter fruchtbaren Boden. Der intensive Raubbau am Boden ist eine tickende Zeitbombe. Nicht die intensive Landwirtschaft wird uns weiterhelfen, sondern der ökologische Landbau als die einzige Nutzungsart von Böden, die der Forderung der Nachhaltigkeit standhalten kann. Der Boden kann nicht mehr als der letzte Dreck betrachtet werden. Die aktuellen katastrophalen Folgen für die betroffenen Menschen und deren Auswirkungen sollten endlich in der Politik begriffen werden.

Roland Einsiedel,
04849 Kossa

Steuerpläne der Grünen gefährden bäuerliche Betriebe

So begrüßenswert die Aktivitäten der SAbL und der Grünen zur Eindämmung der (insbesondere groß-)gewerblichen Tierhaltung teilweise sind, weil die letztlich zum Aus für die bäuerliche Landwirtschaft führt, so kritisch sehe ich aus gleichen Gründen die Steuerpläne der Grünen insbesondere bezüglich der geplanten Vermögensabgabe und der Grundsteuer-Erhöhung. Falls eine 1,5 %ige Vermögensabgabe ab einem Vermögen von 1 Mio. Euro Realität wird, werden viele mittelbäuerliche Familienbetriebe erheblich bela-

stet. Dies um so mehr, wenn Betriebsvermögen mitbewertet wird. Für viele dieser Betriebe wird diese Belastung höher sein als der erzielte Betriebsgewinn. Das bedeutet, dass die Abgabe aus der Substanz geleistet werden müsste. Gerade diese Betriebe wirtschaften in der Regel extensiver und nachhaltiger als sogenannte „Agrarfabriken“, die aber mit solchen Abgaben besser fertig würden, weil sie einen höheren Fremdkapitalanteil haben, den sie abziehen können, einen höheren Pachtanteil haben, für den sie nicht

zahlen müssen, aber regelmäßig wesentlich höhere Gewinne erwirtschaften. Die bäuerlichen Betriebe werden entweder ihre Produktion erheblich intensivieren müssen, um höhere Gewinne zu erwirtschaften oder, und dies ist wahrscheinlicher, aufgeben, möglichst teuer verpachten und sich beruflich umorientieren müssen. Es würden Arbeitsplätze vernichtet und darüber hinaus entstünde zusätzlicher Druck auf dem Arbeitsmarkt. Bäuerliche Betriebe müssten zugunsten sog. „Agrarfabriken“ die Produktion einstellen.

Hoffentlich gibt es bei den Grünen genügend praktische Landwirte, die sich dafür einsetzen, dass durch die grünen Steuerpläne der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht noch beschleunigt wird. Dazu gehört insbesondere, dass die Vermögensabgabe, wenn überhaupt, einkommens- bzw. gewinnabhängig erhoben wird, damit es nicht zu einer Substanz-Besteuerung kommt. Die Kühe, die man melken will, sollte man nicht ausmergeln und nach und nach abschlachten.

Mit freundlichem Gruß

Theo Schulze Brock
48727 Billerbeck

Milchviehfütterung ohne Kraftfutter

Ein hoher Kraftfuttereinsatz ist in der Milchviehhaltung seit vielen Jahrzehnten selbstverständlich und bringt die Milchleistungen auf ein hohes Niveau. Damit haben aber auch die Probleme im Kuhstall zugenommen. Das durchschnittliche Lebensalter der Milchkühe ist heute sehr niedrig. Durch Fruchtbarkeits-, Stoffwechsel- und Euterprobleme werden zu viele Jungkühe schon in der 1. oder 2. Laktation abgegeben. Aber auch die Preise für Futtergetreide, Soja und Milchleistungsfutter haben sich in den letzten 5 Jahren sehr verteuert. Das Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V. führt gemeinsam mit der Internationalen Forschungsgesellschaft (IFG) und dem Büro für Agrarsoziologie eine wissenschaftliche Untersuchung zur Wirtschaftlichkeit einer kraftfutterfreien Milchviehhaltung durch. Für das Projekt möchten sie MilchviehhalterInnen befragen, die gar kein oder sehr wenig Futtergetreide bzw. Milchleistungsfutter einsetzen. „Was waren Ihre Gründe? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht und wie hat sich die Wirtschaftlichkeit Ihres Betriebes entwickelt?“ Ein wichtiges Ziel dieses Projektes ist es, diese bisher von wenigen Pionieren betriebene Wirtschaftsweise bekannt zu machen und auch den Erfahrungsaustausch zu organisieren. Für an der Befragung teilnehmende Betriebe steht eine Aufwandsentschädigung zur Verfügung.

Kontakt: Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.,
Prof. Dr. Onno Poppinga, Tel: 05673/3540; rondopopp@t-online.de



Foto: Hermsdorf/pixelio

Tödliche Ernte

Dieses Buch klärt auf. Der Autor Richard Rickelmann, früher Redakteur bei *Spiegel* und *Stern* (er deckte u.a. die Lopez-Affäre bei VW auf) zeigt in anschaulicher Weise und unverblümt die skurrilen Verbindungen und Verflechtungen zwischen Agrokonzernen, Politik und Bauernverband auf. Er berichtet nicht nur von den Machenschaften von Monsanto, der Lebensmittelindustrie oder den Massentierhaltungsbetrieben mit ständigem Antibiotikaeinsatz – auch die „Subventionslüge“, wie der Autor es nennt, lässt er nicht aus. Vor allem aber wird der „Filz“ innerhalb des Deutschen Bauernverbands (DBV) genau beschrieben. Ein Augen öffnendes Buch, spannend geschrieben, brisant und hochaktuell zugleich!

Margret Geiger, *Milchbäuerin aus Baden-Württemberg*

Richard Rickelmann, *Tödliche Ernte – Wie uns das Agrar- und Lebensmittelkartell vergiftet*, 320 Seiten, ISBN 978-3548374956, Ullstein Taschenbuch, Berlin 2013, 9,99 Euro, zu beziehen über den ABL Verlag



Kurzes am Rande

Pilze braten und Symptome raten?

So sollte niemand vorgehen beim Pilzesuchen und -zubereiten. Grundsätzlich sollte man zunächst mit einem erfahrenen Sammler oder Sammlerin losziehen – oder Selbstgesammeltes anschließend von einem regionalen Pilzsachverständigen durchschauen lassen. Zum Einlesen und Bestimmen gibt es unzählige Bücher. Der Grundkurs Pilzbestimmung ist für Anfänger und Fortgeschrittene gedacht und enthält als einziger einen Bestimmungsschlüssel, mit dem Schritt für Schritt verschiedene Merkmale, wie Stielbeschaffenheit und Hutform, systematisch abgefragt werden. Eine Auswahl bekannter Speisepilze und verwechselbare Giftpilze werden anschließend noch genauer beschrieben. Gerade durch die detaillierten, aber einfach gehaltenen Erklärungen im vorderen Teil des Buches, lernt man eine Menge über die Lebensform Pilze. Mit Hilfe vieler Fotos, Zeichnungen, Ausschnitten und Vergleichen kann man sich ein gutes Bild machen. Die Begeisterung der Autorin kommt mit kleinen Zusatzinformationen und Tips gut rüber und ist definitiv ansteckend! cw

Rita Lüder, *Grundkurs Pilzbestimmung*, 480 Seiten, ca. 2.000 farbige Fotos u. Zeichnungen, ISBN: 978-3-494-01536-1, Quelle & Meyer, Wiebelsheim, 3. Auflage 2013, 19,95 Euro, zu beziehen über den ABL Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
 22,-€ 10,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|---|------------------------|
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuausgabe) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,00 € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Wege aus der Hungerkrise | Stückpreis 3,10 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € Neu! |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ Neu! |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Nachhaltige Landwirtschaft in 9 Filmen

Bertram Verhaag, bekannt als Filmemacher zu politischen, umwelt-politischen und sozialen Themen, hat in dem DVD Buch naturGerecht neun Filme mit insgesamt über 400 Minuten zum Thema nachhaltige Landwirtschaft zusammengestellt. Er zeigt Porträts von Menschen, die ihre Visionen von guten Lebensmitteln und nachhaltiger Wirtschaftsweise bei ihrer Arbeit umsetzen und Vorreiter für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind.

Martin Bienerth und sein preisgekrönter Biokäse in Graubünden, Sepp Feilmeier, der sich für gentechnikfreie Futtermittel einsetzt und Familie Krieger, die im Riedener Brauhaus Tradition und Umweltschutz verbinden und ein ökologisches Bier brauen sind einige der Protagonisten in dieser DVD Sammlung. vt

Nähere Infos zu den einzelnen Filmen unter www.denkmal-film.tv naturGerecht, Buch mit neun DVD's plus einer Info-DVD, ISBN 978-3-935573-73-3, bis zum 15.09.2013 Einführungspreis 29,90 €, danach 38,50 €, zu beziehen über den ABL Verlag

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS Oktober ist der 15. September 2013



Tag der offenen Tür
22. September 2013
von 10.00 – 18.00 Uhr

Bioland-Obstgehölze in historischen
& bewährten Sorten für Garten,
Landschaft & die Streuobstwiese.

**Baumschule
PFLANZLUST**

Niederelsunger Str. 23
34466 Wolfhagen www.pflanzlust.de
Telefon: 05692 - 8635 www.biobaumversand.de


**WINDENERGIE-
BETREIBER GESUCHT**

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage
oder Ihre Mehrheitsbeteiligung
- ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de


EITL | Freund & Partner
Lutherstadt Wittenberg
Steuerberatung für die Landwirtschaft


Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrار@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Hof und Arbeit

• **Mehr Mut** braucht es manchmal in ein laufendes Projekt einzusteigen als etwas ganz neues anzufangen. Wir suchen Mutige.
www.waelder-gbr.de

• **Suche Einstieg/Beteiligung** in zukunfts-fähigen landwirtschaftlichen Betrieb auf GbR-Basis.
hofeinstieg@gmx.de

• **Familienbetrieb** mit Mutterkuhhaltung, Streuobst, Ackerbau und Pädagogik sucht fachkundigen, handwerklich geschickten und idealistischen Mitspieler in Teilzeit.
www.klosterhof-abtsberg.de
A. u. U. Hilscher, ☎ 07803-980207

• **Suche berufserfahrene(n)** solvente(n) Landwirt(in) zur gemeinsamen Suche/Bewirtschaftung eines landwirtschaftlichen Betriebs. zukunfthof@gmx.de

• **Biologische Erzeugergemeinschaft** Hüttener Berge sucht für vorhandene Metzgerei mit Schlachtung einen erfahrenen Metzgermeister. Die Perspektive zur Selbstständigkeit ist gegeben, finanzielle Unterstützung durch den Kreis der Erzeuger ist möglich. Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen an: info@biofleisch-huettenberge.de

• **Melkanlage günstig** abzugeben: alfa laval, side by side, doppelsechser mit Abnahmeautomatik und Harmoniemelkzeugen. Hans-Jürgen Schnack, ☎ 04394-455

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.
Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

• **Tausche Mährescher** gegen bessere Regierung in Bayern.
www.BauernSPD-Landtag.de

• **Bienenkönigin** sucht Land zwecks Umzug. www.BauernSPD-Landtag.de

• **Attraktive Landwirtin** mit Hof in Bayern sucht bessere Regierung.
www.BauernSPD-Landtag.de

Termine

Agrarwende in Niedersachsen

04.09.2013 BarBel, 19.30 Uhr
Diskussionsrunde mit Landwirtschaftsminister Christian Meyer, Vertretern der örtlichen Bauernschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern
Müllerhaus, Mühlenweg 4, BarBel

Genuss im Nordwesten

22.09.2013, Bad Zwischenahn
Ganztägiger großer Markt mit regionalen Produkten aus Nordwestdeutschland
Park der Gärten, Elmendorfer Straße 40, 26160 Bad Zwischenahn

Hoffest auf Forstbetrieb

29.09.2013, Lennestadt
Infos zur ökologischen Weihnachtsbaumproduktion und naturnaher Waldwirtschaft. Live-musik und vieles mehr.
www.vielfalt-wald.de, Burbecker Straße 6, 57368 Lennestadt-Oberelspe

Biomeiler Workshop

25.-26.10.2013 Owingen
Der Biomeiler ist ein großer Komposthaufen, dem über mehrere Monate Wärme entzogen wird. Nach einem theoretischen Teil am Freitagabend wird der Biomeiler am Sonnabend aufgebaut.
Teilnehmergebühr: 120 Euro, bzw. 95 Euro für Frühbucher bis zum 15. Oktober.
Anmeldungen: Maria Kitt-Hönig mail: m.kitt-hoenig@gmx.de. 07557/231

Anzeigen zur Landtagswahl in Bayern


**Der Tierarzt
Dr. Rupert Ebner**

kämpft seit 25 Jahren für
bäuerliche Landwirtschaft
nicht nur mit Worten

- als praktizierender Tierarzt
- als tierärztlicher Standesvertreter
- als Vorstandsmitglied von Slow Food
- als Mitglied der Abl

**Für Bündnis 90/Die Grünen
in den Bayerischen Landtag**

Wählbar in ganz Oberbayern auf der
Liste 4, Bündnis 90/Die Grünen Nr. 428
www.rupert-ebner.de




**In Sachen Ernährung,
Landwirtschaft
und Forsten...**

**...einen guten
Riecher!**

www.BauernSPD-Landtag.de

Aus den Landesverbänden



Landesverband Hessen
 Mittwoch, 04. September 2013,
 19.30 Uhr in Karben
Visionen für eine neue Agrar- und Verbraucherschutzpolitik
 Anlässlich der Landtagswahl in Hessen lädt das Bündnis Agrarzukunft Hessen zu einem Diskurs über die Umsetzung der EU-Agrarreform.
 Podium:
 Mark Weinmeister, CDU, Staatssekretär Umweltministerium Hessen
 Dr. Thomas Griese, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Staatssekretär Umweltministerium Rheinland-Pfalz
Dorftreff Rendel, Dorfelder Straße 49, 61184 Karben

Landesverband Rheinland-Pfalz - Saarland
 Freitag, 13. September 2013, 20 Uhr in Saarbrücken
 Samstag, 14. September 2013, 15 Uhr in Koblenz
„Monsanto auf Deutsch“
 Vortrag von Jörg Bergstedt „Wie die Gentechnik in Deutschland mit Filz und Lobbying durchgesetzt wird“.
*Nauwieser Neunzehn, Nauwieserstraße 19, 66111 Saarbrücken
 Kurt-Esser Haus, Markenbildchenweg 38, 56068 Koblenz*

Landesverband Rheinland-Pfalz - Saarland
 15.-28. September 2013 in Trier
Mensch Macht Milch
 Ausstellungseröffnung am 15. September um 11 Uhr mit Milchfrühstück und Rundgang. An den folgenden Tagen gibt es ein Begleitprogramm mit Lesungen, Hofbesichtigung und Vorträgen
 weitere Infos: www.abl-rlp-saar.de
Atrium der VHS Trier, Domfreihof, 54290 Trier

AbL **Landeskontakte**

Schleswig-Holstein
Ansprechpartner Sprecherrat
 Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen
Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenzen, Tel. 04482-660, steenzen@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg
Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen
Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenke, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Figgenbaum, Tel.: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
 Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland
Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg
Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de
Bodensee: Anneliese Schmech; Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de
Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endraß.de

Bayern
Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Imn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax:08679/914284, Gertraud Gafus, Tel. 08656-393

Land am Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt
Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)
Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de
Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
 Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Klar wie Kloßbrühe

Alles nur Worte? Bewahre: diese kleinen Buchstaben-Grüppchen haben es in sich! Fasziniert hat mich die Sprache schon immer: fein geschliffene Sätze und klangvolle Wörter ergeben ganze Welten in erfundenen Geschichten. Als eher schnörkellose Texte kommen die zahllosen realen Informationen über diesen Planeten daher. Wie mächtig Niedergeschriebenes ist, lerne ich eigentlich seit der Schulzeit – selbst erfahren habe ich diese Ausstrahlung jedoch erst in meiner kurzen Zeit als Redakteurin der Bauernstimme: so war ich erstaunt und leicht amüsiert, als ich mitbekam, welchen Aufruhr meine Recherchen in ganzen Fachabteilungen von Länderministerien verursachen können. Dabei hatte ich nur ein paar Zahlen für einen Artikel erfragen wollen. Tja, ich hatte auch - nur so für den Überblick - nach Kosten gefragt. Und mich damit in ein heikles Terrain vorgewagt. Auch auf die Wortwahl kommt es an. Beginne ich ein Gespräch

Vor allem in der Außendarstellung und im Marketing. Die Spitze des Deutschen Bauernverbands sieht sich als Vertreter der „Bäuerlichkeit“ - kann aber mit der AbL und einem selbstkritischen Blick auf die Landwirtschaft nach wie vor nix anfangen. Statt dessen wird versucht, mit Internetportalen und Webcams die „moderne, fortschrittliche“ Landwirtschaft zu zeigen. Merkwürdig: damit scheint kaum einer der sogenannten Verbraucher/Konsumenten/essenden Menschen etwas anfangen zu können. Es braucht vielleicht noch die passenden Worte? Parallel erscheint im westfälisch-lippischen Wochenblatt, dem Verbandsorgan des Bauernverbands in Nordrhein-Westfalen, ein kleiner Kurs in Vernebelungstaktik mit einem Medien- und Kommunikationsexperten. Es werden Begriffe aufgelistet, die möglichst vermieden und ersetzt werden sollten. „Tierhalter“ klinge viel mehr um das Wohlergehen besorgt als „Mäster“ und diese „füt-

die Bauern, Bäuerinnen und LandwirtInnen hätten Schwierigkeiten mit dem Marketing... So ein kreativer Bereich der Wirtschaftslehre. Hier lassen sich im Ernährungsbereich auch einige Nebelkerzen ausmachen. Besonderer Liebling: Die Weidemilch. Da gibt es doch tatsächlich ein Molkereunternehmen im Norden, das so Werbung für sein Produkt macht. Die Erwartung der Käufer: die Kühe, von denen die Milch stammt, hatten alle Weidegang. Mitnichten! Das Kleingedruckte macht es möglich: *erzeugt in Grünlandregionen. Dazwischen spannt sich dann für den interessierten Kunden und erstaunten Milchviehbauern mit Weidehaltung, der die Kühe auf den Weiden vermisst, eine recht holprige Assoziationskette: Stallhaltung in Grünlandregionen gleich Weidemilch. Na, immerhin taucht hier die Region, die Regionalität mit auf. Die steht auch hoch im Kurs und von diesem Geschäft wollen möglichst viele profitieren.



mit einem Hinweis auf Gesetzestexte, schrillen bei meinem Gegenüber scheinbar die Alarmglocken und ich werde an Pressestellen, andere Ansprechpartner und „später“ verwiesen. Und dann erst die ganzen landwirtschaftlichen Begriffe! In der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) erlebe ich Menschen, die stolz darauf sind, Bäuerinnen und Bauern zu sein. Gerade weil es nicht nur eine Berufsbezeichnung ist, sondern auch Geschichte hat und das Leben auf einem Hof mit vielfältigen Aufgaben und Bereichen mit einschließt. Andere, die im gleichen Beruf tätig sind, bestehen darauf LandwirtInnen zu sein. Oft soll so der unternehmerische, wirtschaftliche Blick betont werden – ohne sich mit den Bildern aus der Vergangenheit abgeben zu müssen. „Bäuerlich“ wollen trotzdem in letzter Zeit unbedingt alle sein.

tern“ im übrigen auch und „mästen“ besser nicht mehr. Fragwürdig wird es, wenn über „Antibiotika“ selbst auf ausdrückliche Nachfrage gar nicht mehr gesprochen werden soll, sondern nur noch nebulös von „medizinischer Versorgung“ die Rede ist. Den Vogel abgeschossen hat jedoch der Tip zum „Schnabelkürzen“: „Hier sollte es das gute Recht der Landwirte sein, den negativ besetzten Begriff zu vermeiden und auf die Bezeichnung „Schnabelbehandlung“ zurückzugreifen“. Hier gibt sogar der Medienexperte zu, dass es sich dabei um eine feste Bezeichnung für einen rechtlich geregelten Eingriff am Tier, eine Amputation, handelt. Das klingt halt aber so unschön und könnte Kritik hervorrufen. Ach was, und dann hilft es, einfach nicht mehr drüber zu reden bzw. ein wohlklingendes Mäntelchen drumzuhängen? Da sag' noch einer,

Zumal jüngst mit dem sogenannten „Regionalfenster“ eine tolle, offizielle Definition entstanden ist: Eine Region ist z.B. Deutschland ohne Rügen. Um da noch durchzustiegen und locker mit umzugehen, muss man Physiker sein. Oder mit einem befreundeten sein - hilft auch. Mein WG Kollege aus Hamburger Zeiten, der sich mit kleinsten Teilchen beschäftigt, kann meine Bedenken ganz leicht relativ sehen. Und gemeinsam haben wir dann einen vergnüglichen Abend lang eine neue Geschäftsidee entwickelt: „Milky Ways“ – Die Milch aus Ihrer Galaxis, garantiert unter Luftatmosphäre von frei atmenden Kühen und ihren sie fütternden Tierhaltern erzeugt. Na, das wäre doch was, oder? Wer füllt es ab? Macht schnell, sonst machen sie es demnächst auf dem Mond! Wie gesagt, ein Physiker hat schon Lunte gerochen. *cuw*

unabhängige Bauernstimme: gegen Schnabelkürzen

09/2013

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221